

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Nr. 287.

Magdeburg, Freitag den 8. Dezember 1905.

16. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

## Populäre Steuern.

Der Reichskanzler Fürst von Bülow hat am Mittwoch die große Reichsfinanzreform nach seiner beliebtesten Art rednerisch eingeleitet. Ein paar staatsmännische Bewegungen, ein paar spießbürgerliche Witzchen, ein paar Damen auf der Galerie, ein paar Abgeordnete, die Bravo rufen, und ein paar Geheimräte, die hernach untertänigst zur Gratulationscours antreten dürfen — das alles heißt dann ein großer Tag im Parlament, und gilt als solcher für alle, ausgenommen die, die ministerliche Reden ohne Schauer der Ehrerbietung und mit nachdenklicher Kritik hören oder lesen können.

Am Mittwoch hatte sich der Reichskanzler eine uralte Gedankenlosigkeit zum staatsmännischen Motiv seiner Finanzrede gewählt. „Keine Steuer ist populär“, Zahlen ist immer eine unangenehme Sache, wenn aber das Reich frisches Geld braucht, dann müssen neue Steuern her, muß mehr gezahlt werden.

Der deutsche Reichskanzler ist trotz seiner großen Gebarben im Grunde doch nichts als ein Spießbürger. Alles, was er spricht, geht ebenso auf den Instinkt des deutschen Spießbürgers, wie es aus ihm kommt. Der deutsche Spießbürger aber, dessen vollerbeter Typus durch den Freisinn verkörpert wird, weiß sich am Sonn- und Feiertagen nichts Bieheres als über die Steuern zu schimpfen, über „die Steuern“ schlechthin, weil sie so hoch sind und den kleinen Mann so sehr drücken. Hat sich der deutsche Spießbürger aber am Dienstag ausgesprochen, so wird er am Mittwoch darauf keine Steuer pünktlich bezahlen, weil es ja schließlich doch nicht anders geht. Ob es anders gehen könnte, und wie es anders gehen könnte, darüber nachzudenken entspricht weder seinem Temperament noch seinen Verstandeskräften.

Das Proletariat aber ist eine eminent politische Klasse. Es begnügt sich nicht mit gemüthlichen Schimpfworten, sondern es bemüht sich zu erkennen, was schlecht ist, und zu bewirken, daß das Schlechte besser wird. Darum kann es auch in das allgemeine und unterschiedslose Gesehne des Bürgerthums über neue Steuern nicht einstimmen. Es begreift vielmehr, daß es eine politische Gesamtheit geben muß, die allgemeine Zwecke verfolgt, und daß der einzelne das Ganze fördern muß, um selber zu gedeihen. Daher kommt es ja auch, daß die Arbeiter zum Entsetzen der Spießbürger, die sich solche Freigebigkeit nicht anders erklären können als aus einem unerkennbaren geheimen „Terrorismus“, für politische und gewerkschaftliche Zwecke gewaltige Summen zusammenheuern.

Wenn die Reichssteuern so „unpopulär“ sind, so kommt das nicht daher, daß ein Staat Steuern fordert — das ist die spießbürgerliche Auffassung! — sondern vielmehr daher, daß dieser Staat solche Steuern fordert — das ist der proletarische Standpunkt. Jetzt gibt es der Reichskanzler, der für die deutsche Finanzwirtschaft doch schon seit ein paar Jahren verantwortlich ist, mit behäbiger Gemüthlichkeit zu, daß diese bisherige Finanzwirtschaft — um es besser deutsch und weniger parlamentarisch auszudrücken, als er es getan hat — eine Verschwendungswirtschaft gewesen ist. Das haben die Sozialdemokraten schon lange gesagt, aber damals war es bloße Volksberührung.

Die schlechte Wirtschaft hört aber nach der Meinung der Sozialdemokratie nicht schon auf, wenn für eine Weile ein erträgliches Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben geschaffen wird, sondern sie erlaubt sich auch die unbedingte Frage, wohin diese Ausgaben fließen und woher jene Einnahmen beschafft werden. Stellt sich dabei nun heraus, daß die Reichsgelder dem armen Volke abgepreßt werden, um für die herrschenden Klassen verwendet zu werden, dann erst wird eine Steuer beim arbeitenden Volke unpopulär. Würde aber der Staat kein kapitalistischer Klassenstaat, sondern eine freie politische und wirtschaftliche Gemeinschaft sein, so würden die Arbeiter mit Freuden einer solchen Gemeinschaft Opfer bringen, und ihre Steuern oder sonstigen Abgaben würden sehr populär sein.

Aber auch im Klassenstaat gibt es Steuern, die bei der Masse des Volkes sehr populär sind. Wenn der Reichskanzler meint, die neuen Steuern seien alle unpopulär, so unter-schätzt er seine eigne Finanzvorlage. Die Reichserbschaftsteuer ist bei jedem Deutschen populär, auf den das sächsische Volkswort zutrifft: „Wer nichts ererbt und nichts ererbt, der bleibt ein armes Luder, bis er stirbt.“ Die ungeheure Mehrzahl des Volkes erklärt sich mit dem größten Vergnügen dazu bereit, für große Erbschaften recht hohe

Steuern zu zahlen. Leider aber bekommt diese ungeheure Mehrzahl bloß die recht hohen Steuern auferlegt, während die andern die großen Erbschaften bekommen, und noch oben-dreißig Zeter und Mordio schreien, wenn man ihnen zumutet, ein paar überflüssige braune Lappen in patriotischem Nicker-stahl anzulegen.

Statt die hohe und berechtigte Popularität der Reichs-erb-schaftsteuer gebührend zu rühmen, hat der Erbe Bülow alle Defesfrüchte vorgebracht, die er in der letzten Zeit aus der bürgerlichen Presse gegen die Reichserbschaftsteuer zu-sammengebracht, und erntete dafür den stürmischen Beifall der Rechten. Fürst Bülow scheint sich vorgenommen zu haben, seine eigne Vorlage, soweit sie die populäre Reichs-erb-schaftsteuer betrifft, in Grund und Boden zu reden. Und wir Sozialdemokraten hatten es uns so schön gedacht, einer Regierung bei der Ausgestaltung einer populären Steuer recht gründlich nachzuhelfen! Leider aber ist gerade diese eine populäre Steuer bei Bernhard Bülow und des heiligen Deutschen Reiches Erben und Miterben durchaus nicht — „populär“! —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 7. Dezember 1905.

### Reichstags-Stimmungsbild.

Der Reichstag begann am Mittwoch mit der ersten Lesung des Etats. Die Beratung der Flottenvor-lage sowie der Reichsfinanzreform, indessen nicht die der einzelnen Steuervorlagen, wurde mit der Statbe-beratung verbunden. Es giebt, bis zu dem 13. Tag der Beratung Ministerreden zugunsten der Reichsfinanzreform gerichtet sein solle; es brachte jedoch der Rest des Tages bereits den Anfang der Debatte über die allgemeine und insbesondere die auswärtige Politik.

Der Tag begann und schloß mit einer Bülow-Rede. Die erste Bülow-Rede brachte die gewohnten billigen Witze; bei der zweiten Rede aber ging selbst dem Reichskanzler der Witz aus. Wie es scheint, hat der Reichskanzler aus Notizen, die ihm Herr v. Stengel geliefert, sich eine Finanzrede zur Empfehlung der sogen. Reichsfinanzreform zurechtgebaut. Die Rede war herzlich schlecht, aber immerhin interessant, denn sie enthielt das Zugeständnis, daß wieder die breiten Massen des Volkes die Kosten der „Sanierung“ des gänzlich verfahrenen Reichsfinanzwesens tragen sollen, und eine heftige Polemik gegen das Prinzip der Erbschaftsteuer, welche zeigt, daß der Reichskanzler, den die liberalen Stri-benten gern zum modernen Staatsmann stempeln möchten, ein just so verböhrteter Junker ist wie Staatsstreicksgraf Mir-bach und Komforten. An dieser Tatsache ändert das Loblied auf den längst zum Junkergünstling gewordenen Ergen Richter nichts, das der Reichskanzler einzuflechten für gut befand.

Die folgende Rede des Reichsfinanzsekretärs v. Stengel blieb total unverständlich; die Rede des Zentrumsmanns Fritzen ist als die Einleitung zu dem gewohnten Kuhhand-del aufzufassen, den das Zentrum beabsichtigt. Mit Recht erklärte er — nur in viel zu zahmer Weise — die vorge-schlagene Erbschaftsteuer als ein jähwächtliches Nachwerk; er kündigte Verbesserungsvorschläge seiner Fraktion an, aber wir werden ja sehen, wie die ultramontanen Nationallibe-ralen umknicken werden.

Auf direkte Aufforderung des Zentrumredners ergriff der Reichskanzler zum zweitenmal das Wort. Die Rede, die er nunmehr hielt, blieb frei von den gewohnten Späßen und Witzchen, dafür war sie auf einen ungewöhnlich düsteren Ton gestimmt, über den ein paar chauvinistische Redensarten vergeblich hinwegzutäuschen suchten. Der langen Rede kurzer Sinn war schließlich doch das Eingeständnis der Isolierung, in der sich Deutschland be-findet, eine Isolierung, die auch Bülowsche Künste nicht zu einer glänzenden Stempeln können. Der Dreißbund ist für die Naß, wenn Bülow es auch nicht öffentlich eingestehen kann und darf; alldemutsche Chauvinisten auf der einen und englische Jingos auf der andern Seite haben es glücklich dahin gebracht, daß sich England und Deutschland wie Hund und Katze gegenüberstehen; Japans Siege und das englisch-japanische Bündnis zerstören die Hoffnungen, die die Evange-listen der gepanzerten Faust in ihren kautschauerlichen Träumen hegten. Was wollen demgegenüber die vom Reichskanzler mit so breiter Ausführllichkeit dargelegten „Erfolge“ der Marokko-Politik besagen, Erfolge, die bei Nichte beisehen, gar keine sind. Kurz und gut: Die Isolierung

Deutschlands ist das Resultat eines halben Menschenalters Weltpolitik.

Am Donnerstag wird die Etatberatung fortgesetzt und Genosse Bebel dem Reichskanzler antworten. —

### Preussische Eisenbahnpolitik.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch zunächst das alte Präsidium in den Personen der Abg. v. Kröcher (kons.), Dr. Porjch (Ztr.) und Dr. Krause (natl.) per Applikation wiedergewählt. Dann wurde über die von den Nationalliberalen und Konserverativen bestellten Interpellationen wegen des Spremberger Eisenbahnunglücks verhandelt.

Der konserverative Abg. v. Strojfer und der national-liberale Abg. v. Schenkendorff waren die Interpellanten. Beide Herren faßten natürlich die Eisenbahn-verwaltung und ihren Chef, den Minister v. Budde, sehr zart an, aber selbst diese regierungsfremden Seelen meinten doch, daß ein gut Teil der Schuld an der Misshandlung liege, die im Betriebe des Herrn v. Budde so üppige Blüten zeitigte.

Der Eisenbahngewaltige Budde antwortete in einer etwa einstündigen Rede. Er wollte natürlich nicht wahr-haben, daß die Verwaltung schuld an dem Unglück sei, suchte vielmehr mit vielen Worten nachzuweisen, daß die Schuld in dem Spremberger Falle an dem völlig instruktionswid-rigen persönlichen Verhalten der beteiligten Beamten ge-liegen habe. Namentlich den Vorwurf, daß die ein-gleisige Strecke die Hauptursache des Unglücks ge-wesen sei, suchte er zurückzuweisen. Die von beiden Interpellanten erhobene Forderung nach möglichst baldigem Ausbau der eingeleisigen Strecken zu zweigleisigen tat er mit einem Lächeln und der Bemerkung ab, daß das rationell koste.

Ganz eigenartig nahm sich sein Diktum aus, daß ein Be-amter, der sehr viel zu tun habe, immer Zeit habe und auf-merksam sei, daß ein Beamter aber, der weniger zu tun habe, nie Zeit habe und weniger aufmerksam seinen Dienst verrichte. Solche Ansichten müssen natürlich zur Ueberbürdung der Beamten führen. Daß überbürdeten Be-amten leicht etwas Menschliches passieren kann, bedarf keiner weiteren Beweisführung.

Die Diskussion bewegte sich in dem Gleise, in dem sich die Reden der Interpellanten bewegt hatten. Auch die Opposition des freisinnigen Abg. Gold-jahmidt war nicht himmelstürmend.

Viel schärfer ging der nationalliberale Abg. Hilbert bei der Begründung der zweiten Interpellation wegen des Wagemangels im westfälischen Kohlen-gebiet gegen den Minister vor. Er führte den statistischen Nachweis, daß zur Zeit der Zuderrückenkampagne im Ruhr-revier auf einzelnen Zechen 25 bis 33 Prozent der für die Kohlenbeförderung notwendigen Wagen gefehlt haben, und gab zu, daß nicht nur die Industriebereichen, sondern auch die Arbeiter erheblich geschädigt worden seien. Der Minister gab dem auch klein bei und versprach eine baldige starke Vermehrung des Wagenparks und den Ausbau der Rangier-bahnhöfe in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die Besprechung der Interpellation wurde auf eine spätere Sitzung vertagt.

Die nächste Sitzung findet erst Sonnabend statt. Auf der Tagesordnung steht die Novelle zum Einkommensteuer-gesetz. —

### Der neue englische Premierminister.

Der liberale Führer Campbell-Bannerman hat die ihm übertragene Mission der Kabinettsbildung übernommen. Der neue Premier ist ein Mann von 69 Jahren, der sich nach der Art englischer Berufspolitiker — er besitzt ein sehr großes Vermögen — in seiner Partei hinaufgedient hat. 1868 wurde er zum erstenmal ins Unterhaus gewählt. 1871 bis 1874 und darauf 1880 bis 1882 war er Finanzsekretär im Finanzministerium, dann 1882 bis 1885 Sekretär der Ad-miralität und Obersekretär von Irland. Zu den beiden letzten Ministerien Gladstones, von Februar bis August 1886 und 1892 bis 1895, war Campbell Kriegsminister.

In die Spitze der liberalen Partei im Unterhaus kam er nach dem Rücktritt Harcourts. In dieser Stellung hat Campbell zwar nur mäßige Rednerkraft, aber eine geschickte parlamentarische Taktik, und vor allem Ausdauer bewährt.

In den Tagen des Burenkrieges war er in Eng-land der bestgehaltete Mann, da er es wagte, Chamberlains Eroberungspolitik entgegenzutreten. Die Jingos prägten zuerst für ihn das Wort Pro-Bur. Aber als der Krieg be-endet war, trat auch Campbell, miewohl er den Buren ge-

Wille Zurechtfindung gönnen wollte, dafür ein, daß sie ihre Selbständigkeit nicht behalten dürften.

Chamberlain sah sich nach Beerdigung des Königs aus persönlichem Grunde wie in Verfolgung seiner Weltpolitik genötigt, die Lehre des rettenden und rettensdienenden Schuzoils zu verkünden und damit die Einigkeit in den Reihen der herrschenden Partei zu sprengen. Das war für Campbell-Dannemann die Gelegenheit, in heftiger Gegenagitation um das alte Banner des Freihandels alles zu sammeln, was an billigen Lebensmittelpreisen und am Importgeschäft interessiert ist oder theoretisch den Cobden'schen Glaubenssätzen zuneigt. Da die irische Frage ausgeschaltet wurde, ist auch zuletzt noch im eignen Lager der Zwiespalt besichtigt worden.

Man hofft Campbell, indem er das Parlament auflöst, den Sieg bei den Wahlen zu erringen, wozu die einlaufenden Nachrichten auch Aussicht bieten.

### Trennung von Staat und Kirche.

Der französische Senat hat in der Nacht zum Donnerstag die Trennungsvorlage mit 181 gegen 102 Stimmen in der Fassung angenommen, die die Kammer dem Entwurf gegeben hatte. Damit ist dieser Gesetz geworden, das am 1. Januar in Kraft tritt.

Frankreich hat damit eine große Kulturthat vollbracht. Mit ihr vergleicht man das Verfassungs- und Verblödnis-Attentat, das die bürgerlichen Parteien des preussischen Landtags mit ihrer gefehlischen Konfessionschule auf die Masse der Bevölkerung verübten; vergleiche man die staatskirchlichen Verhältnisse überhaupt, die in ganz Deutschland herrschen, und man erhält einen klaren Blick für die weite Weltweite, die uns noch von einer wahren Zivilisation trennt. Preußen-Deutschland ist eben in allem voran, was Rückschritt heißt und Verblödnis bedeutet.

### Nation und Zar.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Herr Grosjean zeigt eine Ausdauer in der Verfolgung der Gewerkschaften, der man die „Anerkennung“ nicht versagen kann. Drei Interpellationsstage hat er schon mit seiner Interpellation über die antimilitaristische Propaganda befestigt und noch gibt er sich nicht zufrieden. Er hat nicht die Zeit, bis Freitag zu warten; seine patriotische Seele kocht über. Also beantragte er, daß die Kammer am Montag, statt der langweiligen Budgetberatung, sich am Antipatriotismus ergötze. In dieser Erwartung war denn auch das übliche Publikum der „großen“ parlamentarischen Tage in Massen erschienen. Die Tribünen waren überfüllt und im Sitzungssaal wimmelte es. Genosse Sembat hatte am vergangenen Freitag in einer glänzenden Rede den Patrioten einige kräftige und herbe Wahrheiten gesagt. Er hielt den „guten Republikanern“ auch vor, daß sie eigentlich gar kein Recht haben, über die Arien Serbes-Franz zu entrichten, da doch die dritte Partei entstanden ist durch eine Insurrektion, während der Feind im Lande war. Der Sieb sah und die ehrenwerten Republikaner von links und rechts fingen an zu heulen, zu schreien, während Sembat unbeeinträchtigt fortfuhr und die russische Revolution feierte, die unter dem Beifall der ganzen gebildeten Welt ihr Haupt erhoben habe, während Rußland mit Japan in einen blutigen Krieg verwickelt war.

Die ehrenwerten Republikaner toben, schreien, und da sie auf diese bitteren Tatsachen nichts zu erwidern wissen, rufen sie die Regierung an. Das darf sie nicht dulden, das ist eine Verhöhnung unsres Miiertums, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines verbündeten Staates! Zur Hilfe! Zur Hilfe! Unse kurze fallen!

Aber die Regierung kam den im Inneren getroffenen Patrioten nicht zur Hilfe. Der Minister des Innern meinte nur kurz, daß die Regierung kein Recht habe, sich als Richter über die Neuforderungen eines Deputierten aufzuwerfen. Erst am Dienstag nahm der Ministerpräsident zu dem Antrag des Herrn Grosjean, die Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen, Stellung. Er lieierte ein kleines diplomatisches Meisterstück. Wunderbarerweise beschwichtigte sich die überschäumenden patriotischen Seelen und der anfänglichen eifigen Skille folgte im weiteren Verlauf der Rede der einmütige Beifall der Kammer, von den Sozialdemokraten bis zu den Monarchisten. Am Tage darauf folgte schon der Stenogramm auf der Rechten. Ihre Morgenblätter leitartikeln in kläglichstem Tone. Die entscheidende Stelle der Rede hat folgenden Wortlaut: „Weil ein Teil der Kammer eine gewisse Erregung kundgibt, bin ich desto mehr veranlaßt, mich innerhalb der Erklärung zu halten, die ich im Namen der Regierung mache. Die gegenwärtige Regierung bleibt treu der befreundeten und verbündeten Nation. (Beifall und Zwischenrufe auf der äußersten Linken. Ja, der Nation!) Ich wiederhole, daß die Regierung der französischen Republik — überzeugt, daß sie das Organ der immensen Majorität der Franzosen ist — treu bleibt der verbündeten und befreundeten Nation (Beifall auf der äußersten Linken und bei dem größten Teil der Deputierten), zu jeder Stunde und in jedem Zustand seines nationalen Lebens.“

Also ging man befrichtigt und beruhigt zur Tagesordnung über, d. h. die übergesete Mehrheit ging nach Hause. Hinterher aber erwiderte man, daß Herr Kowier nur von der verbündeten Nation gesprochen und gellendlich vermieden hatte, von der verbündeten Regierung zu reden oder gar vom Zaren zu reden. Herr Kowier weiß, warum. Möglicherweise konnte die ihm verbündete Regierung samt dem verbündeten Zaren in dem Augenblick, da er die Erklärung abgab, vom Wolfe zum Teufel gejagt sein und was dann, wenn diese Nation sagt: Ihr habt eure Milliarden nicht uns, sondern jener Regierung gegeben, sehr zu, wo ihr sie herriegt? Also hält es Herr Kowier mit dem russischen Volk.

### Im Saumel des Sieges.

Während für das geknechtete Rußland die Niederlagen seiner Armeen auf dem Schlachtfeld den ehernen Schritt der heilenden Revolution beschleunigt und die Völker des

Zarenreichs aus ihrer dumpfen Verzweiflung erweckt hat, zeitigt — und das steht in der Weltgeschichte durchaus nicht vereinzelt da — der Sieg für die Japaner die gegenläufige Situation.

Der Surrapatriotismus feiert dort jetzt seine höchsten Triumphe. Für die „glorreiche Armee“ und die „stolze Flotte“ werden Millionen geopfert; die winzigen Freiheiten des Volkes aber werden unterdrückt. So berichtet die soeben eingegangene Nummer des „Loktor Socialist“, daß zurzeit die sozialistische Bewegung in Japan so gut wie erloschen sei. Eine sozialistische Partei gibt es nicht, es besteht nur eine sogenannte „Staatssozialistische Partei“. Der „Chokugen“ hat, nachdem er durch die wiederholten Suspensionen und die unaufrichtigen Polizeihandlungen in große finanzielle Schwierigkeit gekommen war, sein Erscheinen eingestellt. Zurzeit erscheint nur noch der „Socialist“.

Diese Verfolgung der Sozialisten geschieht, obwohl gerade diese, und fast nur diese, den Friedensschluß mit Rußland gutgeheißen haben. Alle Verfolgung, so meint der „Socialist“ zuversichtlich, wird aber nicht imstande sein, die Idee des Sozialismus in Japan auszurotten. Müßen auch die Sozialisten zurzeit vollkommen schweigen, weil die ganze Bevölkerung in einem nationalistisch-patriotischen Zaumel sich befindet, so glimmt doch das Feuer unter der Asche weiter und wird, wenn die Zeit gekommen, zu einer mächtigen Flamme auflodern.

### Australien.

Der Premierminister von Neuseeland hat die Verbände der Unternehmer, der Arbeiter und der Farmer aufgefordert, Delegationen (die vom Staate entschädigt werden sollen) nach der Hauptstadt zu entsenden, um zu einer „Konvention der Arbeit“ zusammenzutreten. Es wird sich dabei um die Beratung wirtschaftlicher Fragen, namentlich von zollpolitischen, handeln. Die australischen Landwirte sind bekanntlich Freihändler, während die Industriellen und auch zum großen Teil die Arbeiter, vor allem die von Neuseeland, Schutzzöllner sind. Ueber die Verhandlungen, die sehr interessant zu werden versprochen, werden wir seinerzeit berichten.

## Die russische Revolution.

### Wittes Ohnmacht.

Die telegraphischen Meldungen des amtlichen russischen Bureaus, gewöhnlich die Telegramme der Zeitungen bleiben fast ganz aus. Die große unermessliche Reich mit den ungeheuren Begebenheiten, die jeder Tag der Revolution erzeugt, ist wie vor unsern Augen versunken. Wir hören nur den Widerhall der Dinge aus Gerüchten, in denen wir Wahrheit und Fiktion nicht zu unterscheiden vermögen.

Aber wenn uns so die Tatsachen und Einzelheiten entschwinden, so wird der Eindruck übermächtig, daß Rußland faste einem chaotischen Zustand zugleitet, aus dem nur Umgestaltung und Neubau aus der Tiefe es wiederherstellen könnte. Der letzte Versuch, die Neuordnung von oben her zu versuchen — das Experiment mit Witte und seinem Verfassungsmantel — gilt allen Russen, mögen sie rechts oder links oder in der Mitte stehen als gescheit. Der alte Welter begründete Staatsmann hat in der russischen Revolution gescheitert, nicht einmal der Himmelssturz hat ihn retten können und hat durch persönliche Ingegnung — durch seinen aberneren Anruf an die Arbeiter, durch sein herausfordernd hochmütiges Vorgehen gegen die Telegraphenbeamten — die Schwierigkeiten noch gesteigert.

Einen letzten Kampf hat Witte mit einer neuen Hara in Straube gefunden, dem einst so hart verfolgten Revolutionär, der in den ersten Tagen der Freiheit nun mit größter Schärfe gegen die Sozialdemokratie auftritt und nicht milde wird, „die Gesellschaft“ aufzufordern, daß sie sich gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen, „um Rußland vor dem wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruch zu retten, auf den das Treiben der Sozialisten hinführt“. Herr Straube hat sich knapp nach seiner Rückkehr von den Anhängern seiner eignen Gruppe, den Dewobolschdenz, sagen lassen müssen, daß er im Ausland den Zusammenhang mit den russischen Dingen und das Verständnis dafür eingebüßt habe; und der Erfolg seiner Tätigkeit entspricht denn auch dem Urteil seiner Parteifreunde.

Eine ähnliche Rolle wie Straube scheint auch der ehemalige Bristler Gapon zu spielen, der Führer der Hunderttausend, auf die sich am 22. Januar d. J. am Geburtsstage der russischen Revolution, die zarischen Gewehre richteten. Scheint, denn noch wahrscheinlicher als der Abfall Gapons ist die Annahme, daß der zarische Reich wieder einmal sagt, um das Ausland durch die „russischen Spaltungen“ unter den Revolutionären in eine falsche Sicherheit hineinzutäuschen. Wie dem aber auch schließlich sei: weder Straube noch Gapon, noch beide zusammen können an dem Lauf der Dinge etwas ändern und wenn sie sich rückhaltlos dem Witte zur Verfügung stellen, der schon nach fünf Wochen mit seinem Latein der Geduld zu Ende ist. Die Revolution schiebt nötigenfalls alle drei mit ihrem Anhang zur Seite.

### Die Macht der Organisation.

Wie mächtig die organisierten revolutionären Kräfte schon angegeschwollen sind, geht klar aus einem Bericht hervor, der der Scherzpreise zugeht:

Der Präsident des Samaraschen Bahndeslegierten-Komitees wandte sich drachlich an alle Bahnstationen des Reiches mit der Nachricht, daß der Organisationsleiter der Samaraschen Bahnarbeiter, Jurgienier Sokolow, heute vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden sei und hingerichtet werden soll. Er forderte alle Bahngesellschaften auf, gegen die Vollstreckung dieses Urteils durch Generalbahnstreik zu protestieren. Dieser solle sofort beginnen, wenn das Todesurteil nicht bis Mitternacht aufgehoben werde.

Um 3 Uhr abends veröffentlichte der Verkehrsminister Niemijschajew ein dringendes Telegramm an alle Bahnbeamten des Reiches, daß nach persönlicher Verhandlung mit dem Kriegsminister das Todesurteil aufgehoben, die Rechtsache Sokolows und seiner Genossen verlagert und einem andern Gericht übergeben sei. Damit ist der Generalstreik für heute erledigt.

Der Ausstand der Post- und Telegraphenbeamten dauerte dagegen fort. Alle Bemühungen der Warschauer Behörden, durch Sappeur telegraphischen Anschluß mit Moskau und Petersburg herzustellen, blieben fruchtlos, weil in Petersburg Sappeur-Telegraphisten mangeln. Alle dort vorhandenen Kräfte sind damit beschäftigt, zwischen Petersburg, Jarstoj-Sjelo und Kronstadt zu vermitteln.

Die Scherzpreise bemerkt dazu befürt: „Man sieht also, der gesamte Telegraphendienst im Reich steht still. Sowie aber die Leitung einer der revolutionären Organisationen an ihre Anhänger eine Parole ausgegeben hat, wird der Draht wieder lebendig; und auch der Regierung wird, wenn sie eine den Arbeitern und Beamten erwünschte Mittelung zu machen hat, für diesen Zweck der telegraphische Apparat zur Verfügung gestellt.“

### Letzte Nachrichten.

\* Petersburg (über Ebdtschnen), 5. Dezember. Die Zeitung „Rug“ erzählt aus Kiew, daß dort Paris herrscht. Die Bevölkerung fürchtet, ein großer Teil der Truppen werde i. Am

Polizeichantam jano eine Versammlung von 15000 Personen hat, revolutionäre Soldaten schloßten das Gebäude gegen die Polizei.

\* Bukarest, 6. Dezember. In Doffa und Kischineu soll nach Aussagen der Flüchtlinge eine Panik herrschen. Niemand ist seines Lebens sicher, die Nordbarden feiern Regien. In Doffa beschränkt man, daß die Stadt durch Kriegsschiffe beschossen werden wird. Sämtlichen Finanzinstituten Doffas wurden die Einlagen und Deposits gefällig, da man einen allgemeinen Aufstand befürchtet.

\* London, 6. Dezember. Nach Meldungen aus Bukarest überbringen die Flüchtlinge aus den südlichen Provinzen Rußlands Nachrichten, wonach die Bauerunruhen dort fürchterliche Dimensionen angenommen haben. Die Landarbeiter plündern und brennen in allen Richtungen. Staats- und Polizeibeamte flüchten aus dem Lande und kommen als Bettler in Rumänien an.

\* Moskau, 6. Dezember. Der Präsident Pawfementko und die Mitglieder des Bureaus des Kongresses der Post- und Telegraphenbeamten sind verhaftet worden.

\* Woronesch, 6. Dezember. Die Kaserne mit den Offiziers-Wohnungen sowie einige andre Gebäude sind zerstört worden. Ein Teil der Soldaten durchzieht in Unordnung die Straßen. Das Gefängnisbureau mit den Dokumenten des Gefängnisses ist verbrannt.

\* Petersburg, 5. Dezember. Der Ausschuss der Arbeiterpartei veröffentlicht einen ermunternden Aufruf an die ausländischen Post- und Telegraphenbeamten, aus dem folgendes wiedergegeben sei: „Die Regierung habe den Aufruf herausgegeben. Der Feldruf müsse sein: „Streik bis zum Siege!“. Es sei ein gutes Recht der Arbeiter, zu fordern, daß eine Staatsordnung geschaffen werde, in der die Interessen der Post- und Telegraphenarbeiter, wie die aller arbeitenden Klassen, geschützt würden. Die Unantastbarkeit der Person und die Sicherstellung der materiellen Lage sei durchzusetzen. Solche Forderungen seien nur durch eine Regierung mit Volksvertretung zu erfüllen. Die Volksvertretung müsse auf Grund eines allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts zusammengestellt werden, damit auch die Arbeiter an der Regierung teilnehmen könnten.“

\* Breslau, 6. Dezember. Nach einer Meldung der „Schlesischen Jtg.“ aus Lodz nahm man den dortigen Dragonern alle Waffen und Patronen weg und unter suchte alles in den Kasernen. Auch im 37. Infanterieregiment scheint der revolutionäre Geist hervorzutreten, da sämtliche Soldaten im Kasernenhof eine Versammlung abhielten. Die Offiziere hatten dieser Tage ebenfalls eine Besprechung, über deren Ergebnis aber Stillschweigen bewahrt wird.

Sd. Petersburg, 7. Dezember. Der frühere Kriegsminister Sacharow, welcher beauftragt war, eine Rundreise durch das Gouvernemen Saratow zu unter nehmen, um dort die Ruhe wiederherzustellen, ist gestern nachmittag durch einen Revolvererschuß getötet worden.

\* Warschau, 7. Dezember. In der Reichsfestung Znamow meistert die Besatzung. Die Besatzung besteht aus 3200 Infanteristen, 2800 Artilleristen und 200 Sappeuren. Sie stellen dieselben Forderungen wie ihre Kameraden in Kronstadt und Sebastopol haben jedoch bis jetzt keine Ausschreitungen begangen.

Sd. Petersburg, 7. Dezember. Der Verband der Moskauer Buchdrucker erklärte, gegenwärtig einzelne ökonomische Unstände nicht unterstützen zu können, weil das ganze Proletariat zum politischen Generalstreik rufe, der der Regierung den letzten Schlag versetzen soll.

Sd. Petersburg, 7. Dezember. In Kiew ist allgemeine Panik. Die revolutionären Elemente, Studenten, Sozialisten und Sozialrevolutionäre, wurden unter abnunt rativer Leitung des „Schwarzen Hunderts“ niedergewacht. Ueber 1500 Personen wurden getötet. Alles geht.

Sd. Petersburg, 7. Dezember. Soweit bis jetzt bekannt, erklärte Witte strikte, daß allgem eine Wahlrecht sei ausgeschlossen. Ein Bruch zwischen der Regierung und dem Semstwo- und Städtekongress ist somit unvermeidlich. Die Radikalen meinen, die Semtwos wären jetzt gezwungen, sich auf das Proletariat zu stützen.

## Magdeburger Angelegenheit...

Magdeburg, 7. Dezember 1905.

### Friedrich Krupp, A.-G.

Am Dienstag fand in Essen die Generalversammlung der „Aktiengesellschaft“ Friedrich Krupp statt, die den Bericht über das letzte, mit dem 30. Juni schließende Geschäftsjahr entgegennahm. Man liebt es bei dieser Aktiengesellschaft nicht, dem Geschäftsbericht lange Erklärungen beizugeben. Er enthält einfach das zahlenmäßige Ergebnis, alles weitere ist vom Nebel. Aber er ist auch so interessant genug, und zeigt, welche lukrativen Geschäft die Anfertigung von Werkzeugen aller Art für die Unternehmer ist.

Nach Abzug von Abschreibungen auf Immobilien mit 12 601 037 Mark (im Vorjahr 9 845 333 Mark) stellt der Geschäftsbericht einen Betriebsüberschuß der sämtlichen Werke von 22 101 817 Mark (im Vorjahr 17 290 180 Mark) fest, dazu treten Zinsen und verschiedene Einnahmen, so daß sich der Bruttogewinn auf 24 879 646 Mark (im Vorjahr 20 162 775 Mark) stellt. Dem Einnahmen stehen Ausgaben gegenüber in der Höhe von 8 466 593 Mark (im Vorjahr 8 600 015 Mark), so daß der Reingewinn 16 413 052 Mark betragt (im Vorjahr 11 562 761 Mark), wozu noch der Vortrag mit 115 230 Mark kommt. Von dem Gewinn werden 5 Prozent der gesetzlichen Rücklage überwiesen, daneben werden der Sonder-Rücklage 2 1 Millionen (im Vorjahr 600 000 Mark) zugeführt. Die Dividende wurde auf 7,5 Prozent (im Vorjahr 6 Prozent) festgesetzt. Auf das 160 Millionen betragende Aktienkapital werden der Pensions- und Unterstützungskasse 1 Million Mark (im Vorjahr 500 000 Mark) zugeführt.

Franlein Krupp kann also über die hübsche Summe von 12 000 000 Mark, das sind 7 1/2 Proz. von 160 Millionen Mark Aktienkapital verfügen. Und diese Summe wäre noch bedeutend höher, wenn man nicht frampfhast bemüht gewesen wäre, durch hohe Abschreibungen, „Sonderrücklagen“ und ähnliche Manipulationen den wirklich erzielten Gewinn kleiner erscheinen zu lassen. Die Mehrheit dieses glänzenden Bildes bilden die zahlreichen Mißstände in den Krupp'schen Betrieben, die niedrigen Löhne, Ueberstunden, schlechte Behandlung und dergleichen mehr, worüber aus allen Krupp'schen Betrieben Klage geführt wird. Ein Sonderabstufung der einzelnen Betriebe wird nicht veröffentlicht, so daß man nicht erfahren kann, wieviel das Grusonwerk zum Geschäftsertragnis beigetragen hat, aber einige Millionen werden es schon sein.

Für die berühmten „Wohlfahrtszwecke“ der Firma Krupp wurden im letzten Geschäftsjahr 3891 099 Mark verbrant. Unfre Leser wissen, was es mit diesen „Wohlfahrtszwecken“ auf sich hat. Sie dienen dazu, die Arbeiter an den Betrieb zu fetten und gedulbiger Ausbeutung zu unterwerfen, aber selbst wenn es wirkliche Wohlfahrtszwecke wären, wie hübsch werden sie belastet durch die eine Tatsache, daß unter 45 000 Arbeitern und Angestellten noch nicht einmal vier Millionen verteilt werden, während die Geschäftsinhaber für sich allein zwölf Millionen erhält.

Ist sie nicht im höchsten Grade gerecht, eine derartige Teilerei? —

**Märchen-Vortrag.** Am Mittwoch den 13. Dezember veranstaltet das hiesige Gewerkschaftskartell einen Märchen-Vortrag für die schulpflichtigen Kinder der Gewerkschaftsmittglieder. Herr Laube-Leipzig wird als Redner auftreten und die Kleinen durch 130 prächtige Lichtbilder erfreuen. Das Programm bietet das Beste. In der ersten Abteilung wird an 50 Lichtbildern eine Reise durch Deutschland geschildert. In der zweiten Abteilung kommen Märchen-Erzählungen zum Vortrag, illustriert durch 50 Lichtbilder. In der dritten Abteilung soll den Kindern der deutsche Wald an der Hand von 30 Lichtbildern geschildert werden. Es ist also Belehrung und Unterhaltung in glücklichster Weise vereinigt. Der Eintrittspreis ist einheitlich auf 10 Pfg. für jeden Besucher festgesetzt. Karten sind im Vorverkauf in den Lagern des Konsumvereins Neustadt und nachmittags an der Kasse im „Luisenpark“ zu haben. Der Vortrag beginnt präzis 4 Uhr. Hoffentlich bereiten recht viele Eltern ihren Kleinen die paar genußreichen Stunden —

**An den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten.** Am 10., 17. und 24. Dezember, diesen Gehilfen. Lehrlinge und Arbeiter in den festen offenen Verkaufsstellen bis zu 9 Stunden beschäftigt werden. Die Verkaufsstellen dürfen an diesen Tagen auch von 3 bis 7 Uhr nachmittags offen gehalten werden. —

**Vom Weihnachtsmarkt.** Mit dem Aufbau der Buden darf erst am Sonnabend den 16. Dezember, von nachmittags 3 Uhr ab, begonnen werden. Die Ausschreibung erfolgt von der Jakobstraße aus. Am Sonntag den 24. Dezember ist für den Verkehr auf dem Weihnachtsmarkt und dem Handel mit Weihnachtsbäumen die Zeit von 11 bis 2 Uhr und von nachmittags 3 Uhr bis abends 10 Uhr freigegeben. —

**Weihnachtssendungen durch die Post.** Die Reichspostverwaltungen rufen auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammenhäufen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Bei dem außerordentlichen Anschwellen des Verkehrs ist es nicht tunlich, die gewöhnlichen Beförderungsfristen eingehalten und namentlich auf weitere Entfernungen eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtsfest zu übernehmen, wenn die Pakete erst am 22. Dezember oder noch später eingeklappt werden. Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. dünne Pappplatten, schwache Schachteln, Zigarrenkästen usw. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines weißen Blattes Papier, das der ganzen Fläche nach fest angeklebt sein muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, die Feuchtigkeit, Fett, Blut usw. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung gesetzt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Postpaketadressen für Paketaufschriften nicht verwandt werden. Der Name des Bestimmungsortes muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendenfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag, den Namen und die Wohnung des Absenders, den Namen der Selbstbestellung usw., damit bei Verlust der Postpaketadresse das Paket doch dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., S., N.) anzugeben. Zur Vereinfachung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankiert aufgeschickt werden. Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist für die Zeit vom 10. bis 25. Dezember im inneren deutschen Verkehr (Reichs-Postgebiet, Bayern und Württemberg) nicht gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Pakete besondere Begleitpapiere auszufertigen. —

**Was Schmoek fleg:** Am Dienstag veranstaltete der Reichskanzler, der nach seiner Millionenerbschaft es ja dazu hat, eine Massenfütterung mit belegten Butterbröten für Künstler, Wissenschaftler, Literaten und Parlamentarier. Natürlich hatte sich zu diesem angenehmen Tun auch ein Berichterstatter der „Magdeb. Ztg.“ eingeschunden, der unter andern interessanten Sachen auch folgendes mitzuteilen weiß:

„Später ging Fürst Bülow auch durch die Schar der Gäste im großen Saale, hier und da Unterhaltungen anknüpfend, besonders lange in intimen Gespräch mit Ernst v. Wildenbruch verweilend. Worüber er sprach, vermögen wir nicht zu berichten, aber seine etwas diplomatisch blinkenden Augen gaben, wenn wir sie recht verstanden, die tröstliche Versicherung, daß wir uns nicht aus der Sonne drängen lassen werden.“

Den Diplomaten rühmt man gewöhnlich nach, ihre Haupttugend bestände darin, ihre wahren Gedanken hinter einem Schwall von Worten zu verbergen. Man kann also diplomatisch auch mit nichtsagend übersehen und findet dann, daß das Bild von den „diplomatisch blinkenden Augen“ etwas merkwürdig ist. Noch merkwürdiger allerdings ist es, daß Schmoek diese Augenprache so gut verstand. Der Mann wird hoffentlich noch recht oft die „Magdeb. Ztg.“ bedienen. —

**Die Volkergestellfabrik von Karl Wabell** in der Bandstraße gehört zu denjenigen Betrieben, welche wenig oder keine Veranlassung gaben im letzten Jahre irgendwelche Schritte zu unter-

nehmen. Wäre doch der Inhaber so vortrefflich verstanden, seine gewöhnlichen Vorteile beim Tischlerstreit im Frühjahr wahrzunehmen, indem er sofort den Neuantritt und die übrigen Forderungen anerkannte und bis heute aufrechterhielt — d. h. bis auf die Bezahlung, welche zu wünschen übrig ließ. Bereits seit circa 8 Wochen wird fleißig unter der Angabe „Sie arbeiten zu langsam“ gearbeitet. — Dies geschieht so, daß es sonderbarer Weise stets die zuletzt angefangenen Arbeiter waren, welche sämtlich nicht arbeiten konnten resp. ihre 38 oder 40 Pfg. nicht verdienten. So erging es wieder vier Mann am Mittwoch vergangener Woche; am Tage vorher waren aber bereits vier andre Arbeiter bestellt worden. Zufälligerweise waren die sämtlichen, bei Wabell tätigen Arbeiter am Dienstag auch zu einer Werkstattbesprechung eingeladen, wobei eine derartige Menge von Beschwerden vorgebracht wurde, daß die Verbandsleitung beauftragt wurde, bei Herrn Wabell vorstellig zu werden. Bei der Verhandlung versprach Herr Wabell Befestigung der Beschwerden und Aufbessern der Löhne. Ein jeder einzelne glaubte nun, die Sache sei erledigt. Um so größer war das Entsetzen, daß am Mittwoch vormittag wieder einem älteren Arbeiter die bittersten Vorwürfe gemacht wurden, daß er seinen Lohn von 45 Pfg. nicht verdiene, und ihm indirekt zu verstehen gegeben wurde, daß es besser wäre, wenn er die Tür von außen zumache, was denn auch geschah. Ganz unverständlich war der Verbandsleitung diese Schikanie, weshalb sie bei Herrn Wabell nach den Gründen der Entlassung fragte. Die Antwort war das alte Klageged — es wird an dem Mann nichts verdient, deshalb die Verhaltungen. Auf die Gegenfrage, wie es dann aber käme, daß ihm (dem Arbeiter) am Sonnabend noch 2 Pfg. Zulage gewährt worden sei, erwiderte Herr Wabell in seiner kindlichen Unschuld: „Ja, nach der letzten Werkstattbesprechung ist der Mann sehr nachlässig geworden.“ — Also kleinliche Rachegeltung ist es, die Herrn Wabell leiten, weil auch seine Arbeiter den Anschluß an das große Ganze gesucht haben. Nicht verminderte Leistung ist der Grund der Schikanie, sondern weil der Betreffende es gewagt hat, der Besprechung mit beizuwohnen. Die Tischler Magdeburgs sowohl, wie die auswärts, haben alle Ursache diese Werkstatt so lange zu meiden, bis Herr Wabell die Garantie für eine bessere Behandlung und Bezahlung bietet. Nähere Auskunft wird jederzeit gern erteilt im Verbandsbureau, Blaueisenstraße 10. —

**Der Drechslermeister Helling** in der Neustadt, Hundsbürgerstraße 7 wohnhaft, hat eine eigenartige Methode gelehrt auszubilden. Nicht genug, daß dieser Herr die für Drechslerarbeiten übliche Arbeitszeit von 56 Stunden wie es scheint nicht kennt und daher ruhig weiter 10 Stunden täglich arbeiten läßt, beschäftigt er die Lehrlinge sogar noch bis 8 und 9 Uhr abends. Wer die Staubentwicklung im Drechslerberufe kennt, der muß diese überlange Arbeitszeit für außerordentlich nachteilig für die Gesundheit halten. Es muß daher wundernehmen, daß die Eltern der Lehrlinge etwas derartiges zugeben. Wenn die Lehre beendet ist, können die betreffenden Eltern mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie Schwindlungsandidaten haben. Aber auch die Behörde würde gut tun, sich der Sache anzunehmen, denn nach § 127 a der Reichsgesetzordnung ist es verboten, die Gesundheit der Lehrlinge zu gefährden. —

**Die Sackfabrik von Israel**, Viktoriastraße, scheint ein wahres Dorado für Arbeitsfreudige zu sein. Sind dort doch zwölf Arbeiterinnen in einem nur 22 Quadratmeter großen Räume zusammengepackt; dabei herrscht bequemerweise durch die Sackfabrik ein arger Staub, der sicher für die Lungen der Arbeiterinnen nicht von Vorteil ist, ebenso wie der intensive Rauch, welcher sich durch die schlechte Heizanlage entwickelt. In solchen Musterwerkstätten pflegt in der Regel eine entsprechende Behandlung der dort beschäftigten Personen mode zu sein; so ist es auch hier, wo aber große Behandlung sehr gefehlt wird. Geld soll es am Sonntag erst nach stundenlangem Warten geben, was als große Ungehörigkeit zu bezeichnen ist. Die Abortanlage ist ebenfalls sehr praktisch eingerichtet, die Tür schnappt von selbst zu und kann von außen nicht geöffnet werden, so daß diese Musteranlage oft stundenlang nicht zu benutzen ist. Es wäre wohl am Platze, wenn sich die Gewerbeinspektion einmal um diesen Betrieb kümmern würde, sie könnte sich damit um die Arbeiterinteressen etwas verdient machen. —

**Großfeuer** entstand Mittwoch abend gegen 10 1/2 Uhr auf dem Grundstück der Holzproduktfabrik Welsche u. Co., Schützenstraße 7. Ein großer Schuppen, in dem sich auch der Stall befindet, war auf noch unaufgeklärte Weise in Brand geraten. Sieben Fahrzeuge der Feuerwehr (Wache Neustadt und Hauptwache) waren auf der Brandstelle anwesend. Bei den brennenden Säcken, Lumpen usw. stellte sich die Arbeit der Feuerwehr sehr schwierig; sie mußte mit sechs Strahlrohren vorgehen. Ein Pferd und ein Hund erlitten, ein Pferd konnte noch gerettet werden. Gegen 2 1/2 Uhr konnte der letzte Lösungsversuch abbrechen, während eine Brandwache bis morgens 6 1/4 Uhr zurückblieb. —

**Gerüche von einem Eisenbahnunglück** entstanden am Mittwoch abend unter den zahlreichen Passagieren, die gegen 6 Uhr in der Richtung von Schönebeck hier ankamen. Beim Rangieren eines leeren Arbeiterzuges waren drei Personenzüge aus dem Gleise gelungene und auf das Gleis der Halbfahrer Strecke gefallen, diese so eine kurze Zeit sperrend. Personen wurden bei dem Unfall nicht verletzt, auch der Materialschaden ist nur sehr gering. —

**In hilflosem Zustande** lag Mittwoch abend kurz nach 9 Uhr der in den fünfziger Jahren stehende Tischler August Werber, welcher hier erst zugereist war, auf dem Johannisberg. Auf polizeiliche Anordnung hin wurde er in das Krankenhaus Altstadt überführt. —

**Ein Kellerbrand** entstand Donnerstag mittag gegen 1 1/2 Uhr im Hause Breiteweg 216. Er wurde von der Feuerwehr mit einem Strahlrohr gelöscht. —

**Ein alter Trick.** Ein etwa 25 Jahre alter Mann, der sich Bernhard Walter nannte, hatte in einer hiesigen Schankwirtschaft eine Beche von 28,80 Mark gemacht. Zur Bezahlung derselben ließ er sich von dem Wirt einen Hundertmarktschein wechseln. Als der Wirt den Betrag aufgezehrt hatte, verschwand der Herr Walter mit dem herausgezählten Gelde und dem Hundertmarktschein. —

**Der Metzler-Bau- und Sparverein** (E. G. m. b. H.) hält am Sonntag vormittag 10 Uhr im Restaurant „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28, eine außerordentliche Generalversammlung mit äußerst wichtiger Tagesordnung ab. —

**Freireligiöse Gemeinde** (eingetragener Verein). Im Gemeindehause findet Freitag den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, die ordentliche Gemeindefeier statt. —

**Ueber Alkohol und Erziehung** sprach am Sonnabend im Auftrage der Guttenplaner Herr Oberlehrer Weisner in der Aula der Luisenschule. Der übliche Alkoholgenuß verleiht das Rohmaterial der Erziehung. Kinder von Trübsinn, auch den mäßigen, haben die Neigung zum Alkohol ererbt und laufen Gefahr, trunksüchtig zu werden. Gegen diese Veranlagung ist die Erziehung machtlos, sofern sie nicht auf dem Boden der Abstinenz erfolgt. Idiotie und Schwachsin sind auf stetiger Zunahme begriffen. Idiotie kann erworben werden durch Alkoholgenuß in früher Kindheit. Die Ursache angeborener Idiotie ist vorwiegend die Zeugung im Rausch, wie die Professor Wegandischen Schwachsinnskarden beweisen. Die zunehmende Kriminalität Jugendlicher ist Folge der Vererbung seitens trunksüchtiger Eltern und der einflussreichen häuslichen Verhältnisse in Trinkerfamilien. 50—80 Prozent der Zinsassen von Besserungsanstalten entstammen Trinkerfamilien. Trunksucht und Rausch wirken auf das Kind nicht abschwächend, viel-

mehr laugt es schon mit der Muttermilch das Vorurteil ein, daß Trinken sei etwas Gutes und Notwendiges, sogar Nützlich; denn unser ganzes Leben wird von den Trinksitten beeinflusst. Elternhaus und Schule tragen an dem Alkoholelend insofern Schuld, als sie es verdammen, die Jugend vor den Gefahren der Trinksitten genügend zu warnen. Die Schule hat einen doppelten Zweck: Kenntnisse zu vermitteln und den Charakter zu bilden, beiden wirkt der Alkohol entgegen. Kinder, die zu Hause Alkohol erhalten, sind in der Schule schüchtern, ihre Leistungen schlecht, wie die vielfachen Genfurenkalkülen beweisen. Kinder, denen die alkoholischen Getränke fremd sind, gehören zu den Seltenheiten. Schon ganz geringe Mengen können dem kindlichen Organismus schweren Schaden zufügen. So beobachtete Professor Kaffowich mehrfach als Begleitedung anderer Erkrankungen die charakteristischen Merkmale des Delirium tremens. Kinder, die Alkohol erhalten, sind außerdem jähzornig, eigenfremd, unelblich. Das Hauptgewicht muß die Schule darauf legen, die Kinder durch Aufklärung vor dem Verführer Alkohol zu warnen. Durch Verfügungen der Regierungen sind die Lehrkräfte auf die Alkoholfrage hingewiesen. Sie findet auch häufig Behandlung auf Lehrerversammlungen. Die große Masse des Lehrerstandes verhält sich indessen noch gleichgültig, vor allem läßt sie es an dem Beispiel fehlen und ohne Beispiel ist das Reden umsonst. Die Abstinente suchen daher den Schutz der Kinder selbst in die Hand zu bekommen, z. B. durch Vorträge vor älteren Schülern, durch Gründung abstinenter Jugendvereine zc. Allen Eltern und Erziehern kann nur eindringlichst zugerufen werden: „Gebt euren Kindern keinen Alkohol, auch nicht einen Tropfen.“ Wer für seine Person es mit der Abstinenz nicht versuchen will, hat nicht das Recht, seinen Kindern den Segen der Abstinenz vorzuenthalten. —

**Strens-Theater.** „Die Elpiraten“, welche Donnerstag zum erstenmal in Szene gehen, bleiben auch weiter auf dem Spielplan. Sonntag nachmittag 4 Uhr wird als Volksvorstellung „Der Fund im Biederer Busch“ gegeben. Die Preise sind die bekannten Kleinen und hat jeder Erwachsene das Recht, ein Kind frei einzuführen. —

## Kleine Chronik.

### Ergebnisse der Volkszählung.

Nach vorläufigen Ermittlungen stellte sich am 1. Dezember die Einwohnerzahl von München auf 537 800 (1900: 498 503). In anderen Städten wurden gezählt: Leipzig 502 605 (456 158), Dresden 514 283 (481 659), Nürnberg 293 868 (261 081), Frankfurt a. M. 336 985 (288 989), Chemnitz 243 964 (208 913), Braunschweig 136 428 (128 231), Essen 229 270 (182 127), Darmstadt 83 650 (72 381), Stuttgart 246 988 (176 318), Mannheim 162 607 (140 384), Bielefeld 91 371 (82 036), Schöneberg bei Berlin 140 932 (95 998). Das Ergebnis der Zählung für Berlin liegt noch nicht vor. Die Bevölkerung Magdeburgs vermehrte sich, wie wir bereits mitteilten, von 229 667 im Jahre 1900 auf 240 709 in diesem Jahre. —

### Ein Eisenbahnunglück.

Aus Saarbriiden kommt unterm 6. Dezember folgende amtliche Meldung: Heute nacht 12 Uhr 10 Minuten überfuhr der von Neben kommende Personenzug Nummer 588 das auf „Halt“ stehende Einfahrtsignal der Station Neunkirchen und fuhr einer Rangierabteilung in die Platte. Bei dem Zusammenstoß wurden acht Reisende unbedeutend verletzt. Fünf beladene Kohlenwagen der Rangierabteilung sind zertrümmert worden. Der Materialschaden ist erheblich. —

### Der Bahnhofseinsturz in London.

Zu dem Bahnhofseinsturz in London wird gemeldet, daß das Rettungskorps selbst in größter Lebensgefahr schwebt. Der gesamte Distrikt ist noch von starkem Polizeiaufgebot abgesperrt. Wischer wurden sechs Leichen geborgen; es ist außerdem bekannt, daß unter den Trümmern des Avenue-Theaters noch Tote liegen. Auch können die Arbeiter auf dem Dach des Charing-Cross-Bahnhofs eine in den Trümmern auf dem Bahnhofs eingeklemmte Leiche sehen, doch war es noch nicht möglich, sie freizulegen. —

### Im Schneesturm untergegangen.

Der Quebecker Dampfer „Lunenburg“ ist auf der Fahrt zwischen Neu-Schottland und den Magdalenen-Inseln am Montag im Schneesturm gescheitert. Der Eigentümer und Gehn Mann der Besatzung ertranken, sechs wurden gerettet. —

## Letzte Nachrichten.

\* Berlin, 7. Dezember. Von jetzt ab darf dänische Milch nach einer Verfügung des preussischen Eisenbahnministers wieder in Landwagen auf dem Wege über Mecklenburg in Berlin eingeführt werden. —

\* Essen, 7. Dezember. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Vorstände und Obermeister des rheinisch-westfälischen Bezirks des Deutschen Fleischerverbandes wurde eine weitere Erhöhung der Fleischpreise in Aussicht gestellt, da sich die Verkaufspreise mehr als bisher nach den Einkaufspreisen richten müßten. —

\* Wien, 7. Dezember. Der Zentralverein der österreichischen Posthilfsbeamten droht, falls die Forderungen der Postbediensteten nicht binnen 24 Stunden bewilligt werden, noch vor Weihnachten mit der passiven Resistenz zu beginnen. —

\* Budapest, 7. Dezember. Zwischen den herausgehenden der Zeitungen und den streikenden Sekretären ist gestern abend ein Ausgleich zustande gekommen, in denen die boykottierten Blätter erklärten, gegen das allgemeine Wahlrecht keine Angriffe mehr richten zu wollen. Der Streik ist somit beendet. Die Menge beauftragte einen Siegeszug durch die Straßen. —

\* Paris, 7. Dezember. Nach einem Bericht der „Gummiter“ hielt gestern der sozialistische Verband eine Plenarversammlung in Montebas ab, zu welcher auch verschiedene bekannte Sozialistenführer erschienen waren. Der Verband lehnte mit 76 gegen 42 Stimmen die Kandidatur der früheren Ministers Millerand für die Kammer ab. —

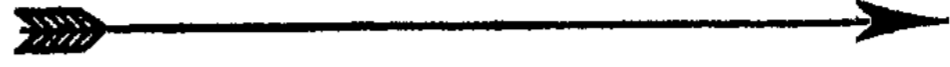
\* Paris, 7. Dezember. Die Deputiertenkammer nahm gestern den ersten Artikel über die Altersversorgung mit 512 gegen 11 Stimmen an. In diesem wird der Beginn der Altersversorgung grundsätzlich auf das 60. Lebensjahr festgesetzt. —

## Briefkasten.

R. S., Burg. Sie sind verpflichtet, die Steuern zu bezahlen.  
S. B., Dacklinburg. Lebenslanglich. —  
F. S., Hofstraße. Die Angelegenheit, die Sie in Ihrer Zuschrift behandeln, hat keinerlei öffentliches Interesse. Vielleicht bringen Sie die Sache in Ihrem Verbandsorgan zur Sprache. —

# Siegfried Cohn

Weberer-Waren



58 Breitweg 58

## Weihnachts-Wäsche

— in vornehmer wie einfachster Ausführung, jedoch in nur zuverlässig bewährten Marken bei —

**besonders billigen Preisen**

### Bett-Wäsche

Bezüge mit 2 Kissen, fertig, bunt	6.00 5.40 4.50	2.85
Bezüge mit 2 Kissen, fertig, weiß	9.25 6.50 5.75	3.20
Bezugstoffe bunt kariert u. gebändert	Meter 26 Pf. bis	68 Pf.
Bezugstoffe weiße Streifen u. Damast	Meter 50 Pf. bis	1.20
Betttücher fertig, 2-2 1/2 Meter lang	3.00 2.60 1.85	1.35
Bettdecken weiß und bunt	9.50 6.50 4.75 3.00	1.50

### Tisch-Wäsche

Tischtücher Dress	60	45 Pf.
Tischtücher Dress	1.45 1.25	90 Pf.
Tischtücher Jacquard	115/115 115/165	1.60 1.15 1.00
Tischtücher für jede Personenzahl	3.00 2.50 2.00	1.80
Servietten gute Qualität	8.00 6.00 5.00	3.00
Teegedecke für 6 und 12 Personen	in allen Preislagen	

### Handtücher

Duzend-Preise			
Handtücher grau Leinen 40/100	2.65	48/110	3.70 4.40
Handtücher weiß Dress 48/105	3.00	48/110	3.75 4.80
Handtücher weiß Dress, 50/120	6.20		8.00 10.00
Handtücher weiß Gerstentorn mit rot. Kante, 48/110	3.80		4.80 5.00
Handtücher weiß Blumenmuster 48/110	4.50		5.30 6.00
Handtücher weiß Damast, 50/120	7.50		9.50 12.50

### Taschentücher

Ia. Linon-Taschentücher gefärbt	Duzend	1.90 1.50	1.20
Hohlsaumtücher weiß Batist, 1/2 Duzend		1.45	1.00
Hohlsaumtücher weiß Batist, 1/2 Duzend		2.60	1.85
Mercerisierte Tücher	Duzend	3.50 3.10	2.90
Gestickte Namentücher	1/2 Duzend i. Karton		1.90
Seidenbatist mit Kante	1/2 Duzend		1.45
Ia. reinleinen Tücher 48 cm, Duzend		7.50 6.30 5.20 4.40	3.80

### Damen-Wäsche

Taghemden mit Spitze	95 Pf. bis	4.00
Taghemden mit Stickerei	1.25 bis	6.00
Taghemden mit Languetten	1.65 bis	3.50
Nachthemden	2.75 bis	7.00
Beinkleider weiß u. bunt	1.00 bis	3.00
Nachtjacken weiß u. bunt	1.00 bis	3.75
Korsetts vorzügliche Formen	1.20 bis	5.50

### Unterröcke

Enorme Auswahl, fabelhaft billig!

Barchent-Röcke	95 Pf. bis	3.50
Tuch-Röcke letzte Neuheiten, schön garniert	1.85 bis	18.00
Lüster-Röcke	2.40 bis	18.00
Stickerei- und Spitzenröcke	2.25 bis	15.00
Damen- und Kinderstrümpfe		

### Schürzen

Tüdel-Schürzen	von 25 Pf. bis	12.00
Haus-Schürzen	75 Pf. bis	1.75
Träger-Schürzen	90 Pf. bis	2.25
Reform-Schürzen	1.25 bis	3.75
Kinder-Schürzen	60 Pf. bis	3.00
Schürzenzeuge	Meter 33 Pf. bis	68 Pf.

### Normal-Wäsche

Herren-Hemden	1.20 1.45 bis	5.00
Herren-Beinkleider	1.10 1.35 bis	2.00
Herren-Jacken	1.10 1.25 bis	1.80
Herren-Jagdwesten	1.35 1.65 bis	10.00
Damen-Hemden	1.60 1.80 bis	2.50
Damen-Beinkleider	1.35 1.60 bis	2.75
Damen-Jacken	0.80 1.00 bis	1.65
Damen-Westen	1.20 1.50 bis	4.75

### Herren-Wäsche

Kragen	Servitens
Manschetten	Krawatten
Oberhemden	Nachthemden

### Barchent-Wäsche

für jeden Zweck  
in  
allen Preislagen vorhanden.

### Decken

Steppdecken große Auswahl Ia. verarbeitet	3.50 bis	18.00
Schlafdecken	95 Pf. 1.10 1.25	1.45 1.65-10.00

### Louisiana-Tuch

eigene Marken, für Leib- und Bett-Wäsche, willkommenstes Fest-Geschenk in eleganter Aufmachung

Marke „Spezial“, 10 Meter-Coupon	2.80
Marke „Ideal“, 10 Meter-Coupon	3.50
Marke „Fortuna“, 10 Meter-Coupon	4.95

## Einige Spezial-Angebote

## der Kleider- und Blusenstoff-Abteilungen

Diese Qualitäten beweisen die unübertroffene Leistungsfähigkeit der Firma in allen zum Verkauf gestellten Artikeln

In elegantem Karton:

### Schwarze Kleider

Kleid 6 Meter doppelbreit 4.50 6.00 7.50 bis 24.00

### Ball-Kleider

Kleid 6 Meter doppelbreit 4.50 5.00 7.20 bis 24.00

### Servier-Kleider

garte Muster, Wäsche garantiert, Kleid, hübsch gebändert 1.98 2.25 3.00 bis 4.00

### Baumwollene Blusen - Kinder-Schotten

entsprechende Drifffs Meter 28 bis 75 Pf.

### Strapazier- und Strassen-Kleider

Kleid 6 Meter doppelbreit, 4.50 5.40 7.20 bis 24.00

### Haus-Kleider und Morgen-Röcke

Halb- und Waschstoffe Kleid 1.80 2.25 3.00 bis 5.40

### Blusen-Stoffe

mollene Blusen, das Allerneueste für 1906, Bluse 2 Mt. doppelbreit, 1.90 2.40 3.00 bis 5.00

### Seidene Blusen und Samt-Blusen

letzte Neuheiten, unerreicht billig.

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 287.

Magdeburg, Freitag den 8. Dezember 1905.

16. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

6. Sitzung.

Berlin, 6. Dezember, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler Fürst Bülow, Graf Posadowski, v. Niebelschütz, v. Niemöller, v. Tirpitz, v. Stengel, v. Rheinbaben, v. Bräcke, Prinz Hohenlohe.

### Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats, der Flottenvorlage und der Reichsfinanzreform.

Ueber die Steuerprojekte soll besonders verhandelt werden.

Reichskanzler Fürst Bülow: Ich will in ganz sachlicher und möglichst kurzen Ausführungen die wichtigste und bedeutendste Vorlage, die Reichsfinanzreform, einleiten, von deren Ausgang sich die Sicherheit des Reichs und der verbündeten Einzelstaaten abhängt. Ohne Gesundung der Reichsfinanzen ist kein Fortschritt in den Kulturaufgaben, keine Entwicklung der sozialen Fürsorge, keine Erhaltung und Stärkung unserer Land- und Seemacht möglich. Die jetzigen Finanzverhältnisse sind unhaltbar. (Sehr richtig!) Die Aufgabe der verbündeten Regierungen, dieser Misere ein Ende zu machen, ist eine höchst unpopuläre, keine neue Steuer ist beliebt. Sie hat etwas Ungemütliches (Heiterkeit). Aber im Interesse des Reichs müssen wir das Odium einer Reichsfinanzreform auf uns nehmen (Zustimmung). Im Gegensatz zu England und Frankreich, deren Finanzwesen sehr praktisch eingerichtet ist, lebt man bei uns von der Hand in den Mund, und sind wir alle 10 Jahre am Ende unserer Weisheit. Seit Gründung des Reichs hat sich eine Schuldenlast von über 3½ Milliarden aufgehäuft, wofür rund 100 Millionen jährlich zu zahlen sind. In 13 Jahren ist die Schuld des deutschen Reichs um 60 Proz. gestiegen, während die britischen Schulden nur um 17 Proz. gestiegen und die französische Schuld sogar um 4 Proz. gesunken ist. (Hört, hört!) Und das ist geschähen, obwohl die steigenden Einnahmen uns keineswegs zur Verschwendung veranlassen haben, wir vielmehr geradezu Virtuosen in Sparen sind, wie wir Ihnen nachher noch auseinandersetzen werden (Heiterkeit). Gewiß haben wir seit 10 Jahren über 204 Millionen zur Verminderung der Reichsschuld verwendet. Aber die zu diesem Zweck verwendbaren überschüssigen Reichseinnahmen fließen auf. Die Mehreinnahmen, die das Reich zu erwarten hat, werden vielleicht — ich betone vielleicht — geringer. ... Die regelmäßig wachsenden Mehrausgaben zu decken, nicht aber für die dringend notwendigen Verstärkung der Marine, für die Durchführung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres, für die Pensionsgesetze, für die notwendige Sanierung des Reichsanwaltschafts usw. — Alle bisherigen Angriffe zu einer gründlichen Reform der Reichsfinanzen sind so ziemlich ergebnislos geblieben. Eine durchgreifende Reform läßt sich eben nicht ohne Einführung neuer Steuern und Vermehrung der bestehenden vornehmen. Gatten wir nicht vermehrte Ausgaben nötig, so brauchen wir überhaupt keine Reichsfinanzreform. (Sehr richtig! rechts.) Hier heißt es eben: Es fehlt an Geld, nun gut, so schafft welches. (Sehr richtig! rechts.) Es kommt darauf an, die erforderlichen Mittel möglichst vielen und möglichst leistungsfähigen Schultern aufzulegen. Die breite Masse überhaupt nicht zu den Steuern heranziehen, würde heißen die Reichsfinanzreform überhaupt vereiteln. (Hört, hört! links.) Gewiß wollen wir uns der Besteuerung der notwendigen Lebensmittel enthalten; aber der Luxus der Reichen wirkt auch bei hoher Besteuerung verhältnismäßig nicht viel ab. Es gibt eben zu wenig Reiche (Heiterkeit rechts). Wenn man alle Einkommenssteuern im Deutschen Reich durch die Zahl der Bevölkerung dividiert, so entfallen auf jeden Kopf 300 Mk. jährlich. Es gibt also in Deutschland zu wenig Reiche (Unruhe links). Diese Erwägungen mußten die Regierung in erster Linie auf die indirekten Steuern führen, die ja auch die Reichsüberfaffung dem Reiche erteilt. Zudem ist das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern in Deutschland viel günstiger als in den meisten Staaten des Auslands. Wir geben jährlich eine Milliarde für Unterrichts-zwecke aus, die fast ganz von den besser situierten Gesellschaftsklassen aufgebracht wird, verwendet aber zugunsten der Weislosen. (Sehr richtig! rechts.) Schließlich drückt jede Steuer einigermassen, aber um den Steuerdruck möglichst bequem tragbar zu machen, hat mein großer Vorgänger schon in seiner Prüfungsarbeit als Referendar — sie trug den sehr zeitgemäßen Titel: Ueber die Sparbarkeit im Haushaltsetat (Heiterkeit) — sich entschieden für die indirekten Steuern ausgesprochen. Auch jetzt mußten die verbündeten Regierungen auf sie zurückgreifen. Wenn wir trotzdem die Einkommensteuer in Vorschlag bringen, so beweist das, daß wir nicht eigensinnig sind. Die Reichsverschaffungssteuer hat ja manche Bedenken: sie nimmt den Einzelstaaten ihre Steuerreserve, sie trifft das immobile Kapital viel härter als das mobile. (Sehr richtig! rechts.) Aber wir halten diese Bedenken für nicht unüberwindlich. Ein wesentlicher Grund für unsern Entschluß, diese Steuer vorzuschlagen, war für uns auch die Tatsache, daß die Verschaffungssteuer im Ausland ein Vielfaches von dem einbringen, was sie in den deutschen Staaten bisher getragen haben. (Hört, hört! links.) — Die Begründung der neuen Steuervorlage im einzelnen überlasse ich dem Herrn Reichsfinanzsekretär. Als ich vor drei Jahren Er. Majestät dem Kaiser den Freiherrn v. Stengel zum Staatssekretär im Reichsfinanzamt vorschlug, sagte ich: „Majestät! Es gibt drei Personen in Deutschland, welche den Etat und die Finanzen genau kennen, den Abgeordneten Eugen Richter“, den ich zu unserm allseitigen Bedauern auch heute noch nicht an dem gewohnten Platz sehe (Zustimmung). „Herr Direktor Fischerborn und den Herrn v. Stengel“. Abgeordneter Richter“ fügte ich hinzu, „würde wohl leider nicht geneigt sein, die Posten des Reichsfinanzsekretärs anzunehmen (Stimmliche Heiterkeit), obwohl er durch Wissen und Charakter wohl dazu qualifiziert wäre (Zustimmung). Herr Direktor Fischerborn sei über die Jahre hinaus, wo es Spaß mache, Staatssekretär zu werden. Aber Herr v. Stengel sei der richtige Mann, um die hochwichtige Finanzfrage in sachlicher und gerechter Weise mit diesem hohen Hause zu prüfen.“ (Heiterkeit und Zustimmung.)

Die verbündeten Regierungen hoffen, daß, wie sie einmütig und einhellig hinter dieser Vorlage stehen (Bravo! rechts), auch dieses hohe Haus nach besten Kräften zu ihrer glücklichen Verabschiedung beitragen werde. Dazu muß es sich freimachen von der Vorstellung, als würden der Regierung neue Steuern bewilligt. Eine solche Auffassungsweise stammt aus den Kinderzeiten des Parlamentarismus. (Sehr gut! rechts.) Persönlich sind die Minister an den neuen Steuern ganz uninteressiert. Wir leben ja nicht in einer großen Republik, in der Minister gelegentlich ihre politische Macht ausüben sollen, um für ihre politischen Freunde, Vettern und Verwandten zu sorgen (Heiterkeit). Wir haben auch diese Vorlagen nicht eingebracht wie ein leichtsinniger Student, der bei seinem Vater um Erhöhung des Wechselkurs eintritt. Nein, meine Herren, hier handelt es sich um eine dira necessitas. Wenn Sie dem Reich weihen es bedarf, um unter Bewahrung der notwendigen Bewegungsfreiheit den Einzelstaaten nicht zur Last zu fallen. Damit werden Sie die Gegenwart erleichtern,

die Zukunft sichern, die Verdienste des Reichstags vermehren um eine eminent patriotische That! (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Reichsfinanzsekretär Herr v. Stengel: Ich bitte mich zu entschuldigen, wenn ich etwas von den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers wiederholen sollte, denn ich bin nicht in der Lage, meinen Gedankenlauf zu unterbrechen. (Redner gibt alsdann in einer anderthalbstündigen Rede die übliche Uebersicht über das abgelaufene und neue Etatsjahr. Seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne vollkommen unverkündlich.)

Hg. F r i e k e n (Ztr.): Wir bedauern die späte Einberufung des Reichstags außerordentlich. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Es ist fast unmöglich, daß wir mit dem Etat und den Steuerprojekten bis zum 1. April fertig werden. Auf keinen Fall wird dies ein diätenloser Reichstag vermögen. (Sehr gut!) Wir hegen die Überzeugung und die Hoffnung, daß unser Diätenantrag diesmal Annahme findet, sonst können wir keine Verantwortung übernehmen für eine gedeihliche Erledigung unserer großen Aufgaben.

Der Etat bietet in den letzten Jahren vielmehr ein Spiegelbild der äußeren wie der inneren politischen Lage. Südwestafrika verlangt an außerordentlichen Ausgaben 103 Millionen, die auf Anleihe genommen werden müssen. Kiautschou beansprucht 13½ Millionen. Dabei fragt es sich noch, ob nicht Japan es wieder in seine Hände bringen will. Was die Lage in Europa betrifft, so erwarten wir vom Reichskanzler Auskunft über die Marokko-Angelegenheit, über die Stellung der Regierung zu den inneren Wirren Rußlands, über den Dreibund und die Stellung Italiens. Zu Frankreich und England wünschen wir gute Beziehungen. (Bravo!)

Die finanzielle Lage hat der Herr Reichskanzler zu pessimistisch geschildert. In den angeführten Schulden des Reichs stehen die preussischen und bairischen Eisenbahnschulden, die große Rücknahmen bringen. So bleibt nur eine Gesamtschuld von 7 Milliarden. Die erneute Forderung für die Hohenzollernburg werden wir schwerlich bewilligen. Die geplante Umwandlung der Kolonialverwaltung können wir nicht billigen. Wichtiger ist eine Reorganisation der örtlichen Verwaltungen in den Kolonien. (Sehr gut! im Zentrum.) Diese Forderungen werden wir in der Kommission genau prüfen müssen. In der nötigen Kritik werden wir es nicht fehlen lassen. (Bravo! im Zentrum.) Mehreinnahmen müssen beschafft werden. Die Steuerentwürfe werden wir im einzelnen prüfen und vielleicht diese oder jene ablehnen (Hört, hört! links), namentlich die Verkehrssteuern gefallen uns nicht. Soweit die Steuern eine Belastung des Massenverbrauchs bedeuten und so dem § 8 des Flottengesetzes widersprechen, lehnen wir sie ab. In diesem dort festgelegten Programm halten wir allen neuen Ausgaben gegenüber fest. (Bravo! im Zentrum.) Darum können wir einer wesentlichen Erhöhung des Zolles auf Rohstoffe, die ein unentbehrliches Gemeinwohl des armen Mannes wesentlich belasten würde, sowie einer Belastung des Bierkonsums des kleinen Mannes nicht zustimmen. Was die Erbschaftsteuer betrifft, so kann ich erklären, daß wir außersten Falls für eine Erweiterung derselben auf Deszendenten und Ehegatten bei ganz großen Vermögen zu haben wären. (Hört, hört! links.) Wir werden uns bemühen, eine Einigung mit den verbündeten Regierungen zu finden und unter Schonung der schwachen Schultern die zur Verteidigung des Vaterlandes notwendigen Mittel zu gewinnen. Die Erhaltung des Friedens ist auch für uns eine heilige Sache. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst Bülow: In der Presse ist die Erwartung laut geworden, daß ich im Laufe dieser Debatte große Enthüllungen machen und alle Winkel der Weltlage durchleuchten würde. Aber ein leitender Staatsmann kann nicht in jedem beliebigen Augenblick eine Rede über die auswärtige Lage halten, namentlich wenn diese Lage keine durchaus befriedigende ist. (Vielfaches Hört, hört!) Wenn Vertimmungen eben erst überwunden und neue zu befürchten sind (vielfaches Hört, hört!), wird er sich zunächst immer fragen müssen, ob er überhaupt reden soll, und ob er nicht, wenn diese Frage beantwortet, mehr schaden als nützen würde. Die Beziehungen von Regierung zu Regierung können vorerst, können beiderseits von Friedensliebe erfüllt sein. Aber die Beziehungen zwischen den Kabinetten erschöpfen nicht die Politik ihrer Länder. Schon Moltke hat auf die Gefahr der Volksherrschaft als politischen Faktor hingewiesen. Wir haben j. B. jetzt mit einer tiefgehenden Bewegung der öffentlichen Meinung gegen uns in England zu rechnen. (Vielfaches Hört, hört!) Erst in allerletzter Zeit haben sich Anzeichen gegen diese bedenkliche Erscheinung in ernstlichen Kreisen bemerkbar gemacht. Ich begrüße aufrichtig solche Besserung. (Bravo! rechts.) Ich möchte gern darin einen Anfang dafür sehen, daß man zu dem leider unterbrochenen wechselseitigen Verständnis zweier großer Völker von gleichartiger Struktur zurückkehren will. (Alleszeitiges Bravo!) Eine Abwendung Italiens vom Dreibund ist nicht zu befürchten, es hat ja auch bei ihm keine Rechnung gefunden. Die Gründe, die immerzeit die drei großen Staaten zusammengeführt haben, bestehen auch heute noch. Zwischen Österreich und Italien haben sich Mißverständnisse bestanden. Sie sind aber durch gegenseitiges Entgegenkommen unter Vermittlung Deutschlands beseitigt worden. Auch das italienische Volk sieht in seiner Mehrheit ein, daß ein vom Dreibund losgelöstes Italien Gefahren ausgeht wäre, die jeder Italiener aus der Geschichte seines Landes kennt. Wenn so der Dreibund über alle Zweifel erhaben ist, so muß doch Deutschland hart genug sein, um im schlimmsten Falle aus eigener Kraft seine Stellung behaupten zu können. (Bravo!) — Der Vorredner nahm Bezug auf die Vorgänge in Ostasien. Zu seinem eignen wohlverstandenen Interesse wird Japan die geschlossenen Verträge mit Ostasien, freilich kommt viel auf den Geist an, in welchem er ausgelegt wird. Die Erklärungen, die Lord Lansdowne dem Vertrag gab, bewegen sich in derselben Richtung, wie unsre in Ostasien verfolgte Politik, die nur wirtschaftliche Ziele im Auge hat und durch die Zurückziehung unsrer Truppen, die im Frühling vollendet sein wird, aufs neue ihre friedliche Haltung dokumentiert. — In die inneren Vorgänge in Rußland enthalten wir uns jeglicher Einmischung, wenn wir auch wünschen müssen, daß die Entwicklung eine friedliche sein möge. Wir würden uns auch nicht in die Beziehungen zwischen Rußland und Polen einmischen, wenn wir nicht die Beziehungen zwischen Rußland und Polen einmischen wollten. (Lebh. Bravo! rechts.) — Nun zur Marokko-Angelegenheit. Seit der Madrider Konvention von 1880 verfolgt Deutschland in Marokko konsequent eine rein defensive Politik, die nicht auf territorialen Erwerb, sondern lediglich auf die Erhaltung des deutschen Handelsinteresses drang und sich auf den Schutz der deutschen Handelsinteressen beschränkt dringt. Wir haben Frankreich, England und Spanien nie das Recht bestritten, ihrerseits untereinander Abkommen über ihre Beziehungen zu Marokko zu treffen; nicht aber konnten wir zulassen, daß durch Abkommen zwischen fremden Mächten deutsche Rechte und Interessen in Marokko berührt werden. Marokko ist ein äußerlich und innerlich für die Entwicklung unsres Handels und unsrer Industrie; wir haben ein erhebliches Interesse daran, daß die noch freien Territorien in der Welt nicht immer mehr eingeschränkt werden, daß sie in meinen Kräften stand, um einen

friedlichen Ausgleich zwischen den deutschen Marokkointeressen und dem französisch-englischen Abkommen zu bewirken, als aber Frankreich mit Vorschlägen an die marokkanische Regierung herantrat, die Marokko zur Stellung Tunesiens herabdrücken mußten, da war der Augenblick zum Handeln für Deutschland gekommen. — Der Kaiser legt in seinen weiteren Ausführungen durch Verlesung eines von ihm an den deutschen Botschafter in London gerichteten Schreibens die Stadien der Entwicklung der Marokko-Affäre dar. Wir haben von vornherein in der ganzen Angelegenheit den Rechtsstandpunkt angenommen, der die Anerkennung der besonderen Rechte in sich schließt, die Frankreich als Grenz Nachbar an Marokko hat. Wir mühen gegen die Isolierungspolitik Front machen, die gegen uns beliebt wurde. (Lebhafter Beifall.) Jetzt hat Frankreich ja die Konferenz angenommen, an der sich auch die übrigen Staaten einschließen mußten. — Man hat gegen Deutschland in England gewisse Meinungen geäußert, wie die, daß wir über Frankreich herzufallen gedächten, daß wir es zum Bündnis mit uns gegen England zwingen würden. Solche und ähnliche Lügen beweisen nur, daß es immer noch Leute gibt, die immer nicht anerkennen und nicht erkennen wollen, daß seit der Reichsgründung innere Einheit und äußerer Friede die großen Ziele deutscher Politik sind. Wer das nicht einsehen will, dem können die schönsten Reden nichts helfen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr. —

## Aus der Parteibewegung.

Ein lustiges neues Schaurmärchen über das alte Thema von der „Verwendung der Arbeitergroßen“ geht in diesen Tagen wieder durch die bürgerliche Presse. Es wird darin im Stile der bekannten „Elaborate des Reichsverbandes“ zur Vernichtung der Sozialdemokratie erzählt, daß „der Parteisekretär und ehemalige Tischlergeselle, der Reichstagsabgeordnete für Magdeburg, Pfannkuch, beiläufig bemerkt, Schwiegervater des in der „Vorwärts“-Affäre vielgenannten Redakteurs Strödel, für die Ueberführung von seinem bisherigen Wohnort nach der Reichshauptstadt die nette Summe von 1500 Mk. liquidiert hat, während die wirtlichen Ausgaben doch wohl kaum den dritten Teil betragen haben.“

„Bei dieser Gelegenheit“ wird noch eine ähnliche Hintertreppengeschichte von einem nicht mit Namen genannten Genossen erzählt, der sich einmahl einige Tage in Berlin „in einem erstklassigen Hotel“ aufgehalten haben soll.

Solche Pfarrerstöckelgeschichten ernst zu „widerlegen“, siehe ja den für ihren Klatsch pro Zeile bezahlten Hanswursten der Sozialistensterei zu viel Ehre erweisen. Aber ein Probdöbel sei hier nach dem „Vorwärts“ angeführt, schon wegen seines unfreiwilligen Humors.

Der Genosse und „ehemalige Tischlergeselle“ Pfannkuch soll bei seinem Umzug von Kassel nach Berlin 1500 Mk. Proletariatsgroßes als Umzugskosten eingeseckt haben. Nun ist Genosse Pfannkuch niemals von Kassel überhaupt nach Berlin gezogen. Zweitens, als er aus Kassel nach Hamburg gezogen ist, um die Stelle als Redakteur der „Neuen Tischlerzeitung“ zu übernehmen, da erhielt er vom Holzarbeiterverband an Gehalt ganze 180 Reichsmark monatlich und als Umzugskosten von den Kasseler Genossen — „einen schönen Gruß“ mit auf den Weg. Und drittens spielte sich die ganze historische Begebenheit ab bereits vor vollen 13 Jahren, nämlich 1892. Und die also eingezogenen und nach 13 Jahren aufgetankten „Trompetentöne Münchhausens“ werden jetzt dem Leserpublikum als „neuester Beitrag zur Charakteristik der Sozialdemokratie“ überbracht! Nun, man kann mit einer Paraphrase des Laßalleischen Wortes sagen: jedes Publikum hat die Presse, die es verdient.

Nachträglich hat Pfannkuch selber eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Richtig ist, daß ich Ende Juli 1892 von Kassel nach Hamburg gezogen bin. Die Umzugskosten hat der Verlag der „Neuen Tischlerzeitung“ bestritten. Der Transport der Mobilien und acht Biletts für die Familienmitglieder haben die mir selbst von den bürgerlichen Vätern zugekauften Summe von 500 Mk. nicht erreicht, sondern sind noch um ein Fünftel dahinter zurückgeblieben. Im Januar 1894 siedelte ich nach Berlin über. Diese Ueberführung hat 500 Mk. verschlungen, was dem Umfang der Ueberführung entspricht. Infolge des „Köller-Coup“ wurde die Dislokation der Leitung der Parteigeschäfte notwendig, ich mußte daher im Dezember 1895 mit der Familie wieder Hamburgs gastlichen Boden aufsuchen. Die Rückkehr erfolgte im Oktober 1897. Beide Umzüge haben den Betrag von zusammen 800 Mk. nicht überschritten, obgleich ich auch bei der unter dem Zwang der politischen Situation erfolgten Abreise nach Hamburg 150 Mk. für die Erfüllung des Mietvertrags zahlen mußte. Somit habe ich für die Umlage des Betrages, den ich für den nie ausgeführten Umzug Kassel-Berlin erhalten haben soll, nur um 200 Mk. überschritten. — Nicht nur mich zu rechtzerrigen, habe ich vorstehende Darstellung gegeben, sondern um die Verlogenheit der Berichterstattung einer bestimmten Spezies der bürgerlichen Presse an einem eklantanten Fall darzustellen. —

Konfiziert wurde Dienstag nachmittags 4 Uhr auf Anordnung der Staatsanwaltschaft die Nummer 283 der Breslauer „Volksmacht“ mit dem Aufsatz an das preussische Proletariat. In der Expedition wurden etwa vierhundert Exemplare der Zeitung gefunden, dagegen verließ die Haussuchung nach dem Manuskript, die in der Redaktion, im Seheraal und in der Wohnung des Genossen Löße sowie in den Kleidungsstücken des letzteren vorgenommen wurde, ergebnislos. Diese Konfiskation ist die dritte, von der die „Volksmacht“ im laufenden Jahre betroffen wird. Ihre beiden Vorgänger verliefen ohne Erfolg für die Anklagebehörde. Wir haben die Ueberzeugung, daß die dritte mit dem gleichen Abschluß endet, denn in der Aufforderung ans preussische Proletariat, sich das gleiche Wahlrecht zu erringen, wie die Russen und Oesterreicher es tun, liegt doch nichts Strafbares. —

Stadtverordnetenwahlen. Bei den Stichwahlen in Eberfeld unterlagen unsere Genossen. Die Gegner erlangten 1500 Stimmen mehr wie sie, doch ist die Stimmenzahl unsrer Genossen so gestiegen, daß man wohl sagen darf: das war der letzte Sieg der Gegner. — In Wiesbaden wurde ein Genosse in der Stichwahl gewählt. —

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Ansperrung der Bauarbeiter in Galtstadt hat jetzt eine eigentümliche Wendung genommen. Die Poliere haben einen Verein gebildet und sind mit den Unternehmern zwecks Aufnahme der Arbeit in Verhandlung getreten. Diese Verhandlungen sollen zu dem Ergebnis geführt haben, daß die Poliere jetzt Monatsgehalt beziehen und im monatlichen Kündigungsverhältnis stehen. Die Arbeit soll von den Polieren am Donnerstag morgen wieder aufgenommen werden. Durch das unsozialistische Verhalten haben selbstverständlich die Arbeiter ihrer Gehälter geschoren. Für eine Lohnaufbesserung von ca. 27 Mark pro Jahr haben die Poliere sich mit dem Arbeitgeberverband verbunden

und ihre Berufskollegen schmecken und im Sinn gelassen. Diese Indikatoren werden sich später einmal bitter rächen und mancher von diesen Nachfolgern wird einmal die Stunde verfluchen, wo er sich dem Vorker-verein angeschlossen und sich damit dem Arbeitgeberum Überlieferer.

Die Leistungen der einzelnen Organisationen, welche aus der Aus- scheidung in Frage kommen, hatten das Einigungsamt zur Vermittlung an- gerufen, um durch eine gegenseitige Aussprache den Streit beizule- gen. Der Erste Bürgermeister Herr Dr. Gerhardt, dem man von seiten der Arbeitgeber die Vermittlung übertrug, hat dann sofort die nötigen Schritte unternommen und folgendes Schreiben an den Arbeit- geberverband gerichtet:

Halberstadt, 19. November 1905.

Die streitenden Bauhandwerker haben mir gegenüber heute ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen und mich gebeten, eine gemeinsame Besprechung mit den Arbeitgebern wegen Beilegung des Streiks anzustreben. Mit Rücksicht darauf, daß nicht nur die Familien der Arbeiter und diese selbst, sondern auch die Allgemeinheit unter den Folgen des Streiks zu leiden hat, bin ich geneigt, eine gemeinsame Besprechung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen, und ersuche zuvor um ge- fällige Mitteilung, ob der Arbeitgeberverband bereit sein würde, Vertreter hierzu abzuordnen.

Der Arbeitgeberverband sandte 3 Tage später an Herrn Bürger- meister Dr. Gerhardt folgende Antwort:

Halberstadt, den 2. Dezember 1905.

Der Arbeitgeber-Verband ist am gestrigen Tage zu einer Be- sprechung der Angelegenheit zusammengetreten und hat beschloffen:

1. Euer Hochwohlgeboren den wärmsten Dank des Arbeitgeber- Verbandes auszusprechen für die Bereitwilligkeit, eine etwa an- geordnete Einigung zu vermitteln.
2. Zu erklären, daß der Arbeitgeber-Verband vor Erledigung der vor dem hiesigen Gewerbegericht schwebenden Prozesse sich außer- stande sieht, in der Sache selbst etwas zu tun.
3. Daß bei der in den letzten Jahren immer mehr über- hand genommenen Spannung zwischen Arbeitnehmern und Arbeit- gebern, die sich bis zu einer förmlichen Wiltür der ersteren gegen die letzteren geäußert hat, es den Arbeitgebern vorderhand unmöglich erscheint, in Einigungsverhandlungen mit den Arbeitnehmern einzutreten.
4. Der Arbeitgeber-Verband hat sich aus den vorangeführten Gründen gezwungen gesehen, darauf Bedacht zu nehmen, seine geschäftlichen Verhältnisse ganz anders wie bisher zu gestalten, er wird daher auch in Erwägung ziehen, ob nicht durch Heran- ziehung anderer Personals oder Aufstellung ganz anderer Arbeits- bedingungen als der bisherigen, geheimerer Verhältnisse herzu- stellen sind.

Da alle hier angeführten Punkte eine sehr eingehende, gründ- liche Behandlung erfordern, so bittet der Arbeitgeber- Verband um eine angemessene Frist, vorläufig etwa bis Anfang Januar nächsten Jahres.

Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe in Halberstadt. J. A. C. Krug, Zimmermeister.

Aus diesem Antwortschreiben ist zu entnehmen, daß den Arbeit- gebern der Kampf mächtig geschwollen ist und auf eine Verhandlung vorläufig nicht zu rechnen ist. Ob aber die Pläne des Arbeitgeber- Verbandes in Wirklichkeit zur Durchführung gelangen, das steht doch auf einem ganz andern Blatte. Die organisierten Zimmerer werden schon die nötigen Gegenmaßnahmen treffen. Statt daß nun, nachdem die Aussprüche die Hand zum Frieden boten, der Streit beigelegt würde, sind die Gegenstände derart verschärft, daß nunmehr eine Nachfrage daraus geworden ist.

Der Streik der Pariser Erdarbeiter dauert nun schon 2 Wochen und trotz aller Versprechungen der Regierung und der Pariser Gemeinderatsverwaltung sind die Verhandlungen noch nicht vom Fleck ge- kommen. Die Zahl der Streikenden beträgt 20- bis 25 000. Ein Teil der Unternehmer, besonders die Kleinen, zeigt Reue, nachzugeben und mit den Arbeitern zu unterhandeln, die Großunternehmer zeigen sich jedoch immer noch unzugänglich. Bis jetzt ist der Streik in aller Ruhe vor sich gegangen. Die majestätisch aufgetragene Polizei hat seine Ursache gehabt, einzuschreiten. Zurzeit macht sich jedoch unter den Streikenden, die vom Seinerpräsesien offenbar an der Nase herum- geführt werden, eine große Erregung bemerkbar, die bei dem bekannten provokatorischen Vorgehen der Pariser Polizei leicht zu verhängnis- vollen Zusammenstößen führen kann. Sonnabend war das Streit- komitee bei Herrn v. Selbes, der sich erboten hatte, vermittelnd einzu- greifen. Die Arbeiter formulierten nochmals ihre bereits gemeldeten Forderungen, die Herr v. Selbes anerkannte. Er versprach einzugreifen, um den Forderungen der Arbeiter zum Siege zu verhelfen. Die Arbeiter forderten nunmehr eine schriftliche Erklärung, da sie alle Ursache haben, Herrn v. Selbes zu mißtrauen. Das verweigerte jedoch der Präsesie rundweg, womit er offen zugab, daß seine Ver- sprechungen einzig den Zweck haben, die Arbeiter irrezuführen. Der Streik dauert infolgedessen fort. Die Unternehmer hoffen, daß die Streikenden bald nachgeben müssen, da keinerlei Mittel vorhanden sind, um die Masse heimlich zu unterstützen.

## Provinz und Umgegend.

Groß-Otterleben, 7. Dezember. (Zur Beachtung!) In dieser Stelle sei nochmal darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonnabend die Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins stattfindet. Die Wahlen des Vorstandes sollen vorgenommen und über die Wahlen der Gemeinde-Beordneten diskutiert werden. Daher wird erwartet, daß die Versammlung besser besucht wird, als es in der letzten Zeit der Fall war.

Aken, 6. Dezember. (Um die Entziehung eines Schifferpatents) handelte es sich bei einem Verwaltungsstreit- verfahren gegen den Schifferseiner Karlsruher von hier. A. war vom Strafgericht rechtskräftig zu 150 Mark verurteilt worden, weil er während der Reise auf der Elbe einen Zentner Getreide der Fracht entnommen und für sich verwendet hatte und weil er von einer Fracht Kohlen, die ihm anvertraut waren, ebenfalls sich welche aneignete. Nach dieser Verurteilung ersuchte der Oberpräsident der Provinz Sachsen den Regierungspräsidenten zu Magdeburg, einen Kommissar zu ernennen, der gegen A. die Klage auf Entziehung des Schifferpatents zur Aus- übung des Schiffergewerbes auf der Elbe anstrelte. Der Regierungs- präsident betraute nun damit den Polizeipräsidenten von Magdeburg, der auch die Klage gegen A. beim Bezirksamt erhob. Die Klage wurde geführt auf die im Jahre 1844 erlassene „Additional- akte“ zur Schiffahrtsgesetz vom 23. Juni 1831. Der § 13 der Zusatzakte vom 13. April 1844 bestimmt, die zu ständige Polizei- behörde habe das Schifferpatent zurückzunehmen (durch die neue Gesetzgebung in das Klagericht umgewandelt), wenn sie sich davon überzeugt hat, daß die Verhütung mit der Ordnung und Sicher- heit des Schiffahrtsverkehrs nicht vereinbar sei. Das könne, wird weiter angeführt, besonders dann angenommen werden, wenn ein Schifferseiner wegen Vergehen gegen das Eigentum bestraft ist. Der Bezirksamt entschied nach dem Klageantrag gegen A. auf Ent- ziehung des Schifferpatents, indem er sich auf die angeführten Vor- schriften der Additionalakte berief. Das Verwaltungsgericht hob jedoch auf die Berufung A. dieses Urteil auf und wies die Klage des Polizeipräsidenten ab. Der Senat ging indessen nicht auf die materielle Seite der Sache ein, sondern führte begründend aus: Die zuständige Polizeibehörde im Sinne der Additionalakte sei der Regierungs- präsident. Da der Magdeburger Polizeipräsident nicht von diesem, sondern vom Regierungspräsidenten, d. h. der zuständigen Behörde, mit der Klage beauftragt worden ist, so sei die Verurteilung aufzuheben und die Klage als von unrichtiger Seite erhoben, mithin als unzulässig abzulehnen.

Burg, 7. Dezember. (Das Ergebnis der Stadter- ordnung) In der diesjährigen Stadterordnetenwahl- versammlung sind von den 2072 Wahlberechtigten nur 999, d. h. etwa

38 1/2 Prozent. Es waren zwei Stadterordnete zu wählen, und zwar einer für die Wahlperiode bis 1908 und einer bis 1908. Die abge- gebenen Stimmen verteilten sich wie folgt: für die Wahlperiode bis 1908 Büchseher Max Blumtritt (Soz.) 495, Bureauvorsteher Tiefenbach 468, zerplittert 36; für die Wahlperiode bis 1908 Tischlermeister Gustav Stollberg (Soz.) 495, Tischlermeister Berger 467, zer- splittert 32. Die absolute Majorität ist also von keinem Kandidaten erlangt worden, so daß Stichwahl stattfinden muß zwischen Blumtritt und Tiefenbach sowie zwischen Stollberg und Berger. Der Termin für die Stichwahlen ist bereits festgelegt. Sie finden am 8., 9. und 10. Januar n. J. statt.

Nun Genossen, die Zuversicht haben wir heute schon: da n müssen wir siegen, und wenn sich die Gegner sieberhaft anstrengen. Dieser heraus, heißt es dann, überall noch die s a m i g e n Wähler aufgerüttelt — und es sind deren noch eine ganze Anzahl. Mit einer großen Stimmenmehrheit muß der Sieg proklamiert werden. Das eine merkt auch: die Gegner werden einen Verzweiflungskampf kämpfen. Aber das muß euch gerade aufhorren, den letzten Mann noch an den grünen Tisch zu bringen. Also, auf zum nochmaligen Wahlkampf! Auf zum Sieg!

Gommern, 6. Dezember. (Gestohlen) wurden aus dem Bureau der Kleinbahn 139 Mark. Der Dieb war durch das Fenster gegangen und nahm die Geldtasche mit Inhalt an sich. Die Kasse wurde auf dem Wege nach Karvitz gefunden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

g. Halle, 6. Dezember. (Die Polizei und die Oper „Der Freischütz“.) Die Polizei, die in manchen Dingen sehr vor- sichtig ist, verlangte neuerdings vom Stadttheaterdirektor Richards, daß er die Wollschluchtlänge im „Freischütz“ ohne Feuerwerks- körper aufähre. Herr Direktor Richards mußte vor dem Schöffengericht erscheinen, weil er in jener Szene, um den sogenannten Hölletrachen effektvoller zu gestalten, einige Feuerwerkskörper verwendet haben sollte, die geeignet wären, eine Brandkatastrophe im Theater herbeizuführen. Es waren einige an Stößen angelegte Raketen abge- brannt worden, wobei jede Feuergefährlichkeit ausgeschlossen war. Selbst die Feuerwehrbeamten, die dabei gewesen waren, bezeichneten die von der Polizei bestrafte Brandkatastrophe als Zimmerfeuerwerk. Direktor Richards erklärte die gegen ihn erstattete Anzeige als durch- aus ungerechtfertigt; seit 9 Jahren führe er den „Freischütz“ auf und nie sei ihm derartiges passiert. Der Amtsanwalt beantragte 20 Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach den Direktor aber frei, da jene Hölletrachenszene sich nicht ohne Feuerwerkskörper aufzuführen lasse und der Angeklagte alle mir denkbaren Vorsichtsmaßnahmen angewendet hatte.

Osterwieck, 6. Dezember. (Das Gewerkschaftskarteil) hatte in seiner letzten Sitzung vom 4. Dezember die Frage zu erörtern, ob ein Kartelldelegierter Mitarbeiter an einer bürgerlichen Zeitung sein kann. Der Delegierte der Buchdrucker Gilde liefert für die „Ise-Beitung“ regelmäßige Feuilleton-Artikel. Die Frage zeitigte eine lebhafteste Debatte, welche leider durch die in sehr persönliche und geschäftige Angriffe gegen die Partei ausartete. Als erster Redner sprach sich Löwe gegen eine solche Mitarbeiterarbeit aus. Derselbe hält es nicht für möglich, daß man auf der einen Seite den Kampfstamp mit organisiert, zur selben Zeit aber seine größten Gegner, die bürger- lichen Wähler, welche doch stets bestrebt sind, die Arbeiter zu beleidigen und zu verdammen, unterstützt und dafür sorgt, daß diese Wähler noch größere Verbreitung bekommen. Löwe hält es ferner für nötig, daß in den Gewerkschaftsversammlungen mehr wie bisher die Partei- interessen und -grundsätze propagiert werden, denn nur dann, wenn Gewerkschaften und Partei von einem Grundgedanken beseelt sind, können die Arbeiter eine Macht werden, welche auch unsere Gegner zu fürchten haben. Gilde erwidert, er habe das Bedürfnis, sich geistig und literarisch zu betätigen. Er wolle für die Partei schreiben, doch wären seine sämtlichen Manuskripte entweder dankend zurückgegeben, oder ohne Antwort ausgeblieben. Wer keine Protektion habe, dem wäre es auch in der sozialdemokratischen Partei unmöglich gemacht, als Mitarbeiter anzukommen. Er schildert in sehr persönlicher Weise die Verhältnisse in der Druckerei sowie der Redaktion der „Volkstimme“ und tritt dann noch ein für die entlassenen „Vorwärts“-Redakteure. Ein Auerbieten seines Chefs, für die „Ise-Beitung“ Feuilletonartikel zu schreiben, hätte er angenommen, denn dadurch wäre es ihm möglich, sich schriftstellerisch weiterzubilden. Nach längerer Debatte legte dann Gilde sein Mandat als Kartelldelegierter nieder. Ein Beschluß wurde in dieser Frage nicht gefaßt, weil die Delegierten die Angelegenheit erst ihren Gewerkschaften unterbreiten wollen. Es wurden ferner noch die Frage des Kost- und Logiszwangs und die Eingänge erörtert.

Duedlinburg, 5. Dezember. (Ein bedauerlicher Un- glücksfall) ereignete sich am Montag in der Holzwarenfabrik von W. Gehlen. Der an der Kreissäge beschäftigte Arbeiter Mohde verletzte sich d. linke Hand derartig, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Hierbei wurde ihm der Zeigefinger gänzlich abgenommen; außerdem sind noch drei Finger schwer verletzt. Es ist dies seit langer Zeit der dritte Fall, der dort passiert. Wir können nicht umhin zu fragen, ob immer die gesetzlichen Bestimmungen zur Verhütung von Unfällen befolgt worden sind. Man sollte keine jugend- lichen Arbeiter an Kreissäge und andern gefährlichen Maschinen be- schäftigen. Ferner wäre es auch angebracht, die Kreissäge bei jeder Jahreszeit so zu stellen, daß die Arbeiter der Unbill der Witterung nicht ausgesetzt sind.

Duedlinburg, 7. Dezember. (Versammlung.) Am Sonn- abend den 9. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Vorwärts“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Albrecht wird über das Thema „Die Revolution in Ruf- land“ referieren. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, in dieser Ver- sammlung zu erscheinen.

Schönebeck, 6. Dezember. (Volksvereins-Versam- lung.) Am Dienstag tagte im „Bürgerhaus“ die allmonatliche Ver- sammlung. Genosse Dr. August Müller hielt seinen vierten Vortrag, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Den Bericht von der Kreis- konferenz und Generalversammlung erstattete Genosse B. u. J. Ein Antrag, den Delegierten die Fahrt nach Staßfurt nachzubewilligen, wurde einstimmig angenommen. Ueber die Stadtverordnetenwahlen entstand eine lebhafteste Debatte. Auch wurde das Verhalten der „Volk- stimmung“ scharf kritisiert, daß sie für Schönebeck zuwenig leiste.

Schönebeck, 6. Dezember. (Auf der königlichen Saline) befindet sich für die Arbeiter eine Badeanstalt, deren Fenster nach der Bahnhofsstraße hinausgehen. Von der Straße aus kann man nicht hineinsehen, aber von den gegenüberliegenden Häusern aus sehen die Leute, die im ersten Stock wohnen, die Arbeiter in Adams Kostüm sich bewegen. Vor den Fenstern befinden sich keine Rouleaus noch Läden, um den Einblick zu verwehren. Kann denn da die Betriebsleitung keine Abhilfe schaffen?

Stahlfurt, 6. Dezember. (Erderstatterungen.) In der letzten Stadterordnetenversammlung wurde, wie wir berichtet haben, auch über die Petition der Stadt an den Landtag betreffend Errich- tung einer höheren Schule verhandelt. In dem Petitionsentwurf war auch die Rede davon, daß der preussische Fiskus bereits 100 Millionen Mark Gewinn aus Stahlfurt gezogen habe, daß zwei der preussischen Werke in Stahlfurt eröffnet seien, daß die Steuern des Fiskus an die Gemeinde auf ein Drittel des früheren Betrages zusammengekrumpft seien und daß der Fiskus die Absicht habe, sein Förderquantum immer mehr nach rückwärts zu verlegen. Es war da weiter gesagt, daß die Erderstatterungen (Erderstatterungen) vielen Hausbesitzern großen Schaden zugefügt haben, daß der Hypothekarkredit Stahlfurts stark erschüttert sei usw. Das ist alles ganz richtig und hat wahrscheinlich auch den Herrn Bergdirektor Zierwogel bewegt, auf einer genauen Prüfung des Petitionsentwurfs durch seine Person zu bestehen. Aber wenn es richtig ist, so hat es doch noch einen Mangel. Der Mangel besteht darin, daß das, was über die Bergschäden gesagt ist, nur so nebenbei erwähnt ist und nicht Gegenstand einer besonderen Petition an das Abgeordnetenhaus bildet, in der dann gleichzeitig mit allem Nachdruck auf die sonderbaren Beträge hingewiesen sein müßte, die der könig- lichen Berginspektion Stahlfurt vor ungefähr zwanzig Jahren mit einer Reihe von Hausbesitzern abgehoben wurden. Schon damals war eine Erderstatterungsperiode eingetreten. Nach langem Sträuben ließ

die Berginspektion sich herbei, die dadurch hervorgerufenen Beschä- digungen an den Häusern als von ihrem Bergbau herrührend angese- hen. Sie bestellte die Häuser aus oder zahlte Entschädigungen und schloß mit den entschädigten Hausbesitzern Verträge ab, in denen die Hausbesitzer auf jede weitere Entschädigung für jetzt und in alle Zukunft verzichteten, nicht allein wegen der augenblicklichen Schäden, sondern auch wegen aller etwa in Zukunft noch entstehen- den. Nur solche Schäden, die ein Gebäude unbewohnbar machen, sollten in künftigen Fällen entschädigungspflichtig sein. Diese Verträge sind auch im Grundbuch eingetragen. Es wäre unbeeidlich, wie die Hausbesitzer auf diese höchst merkwürdigen Verträge haben eingehen können, wenn man nicht wüßte, daß sie in den Glauben versetzt wor- den wären, daß niemals wieder Bergschäden eintreten könnten. Es ist sehr leicht möglich, daß auch die Bergbeamten wegen des nunmehr eingeführten Systems der Verfüllung abgebanterörter Verträge derselben Meinung waren. Aber gerade unter dieser Voraussetzung ist nur für die damaligen Schäden entschädigt worden. Man weiß, daß dieser Glaube getrogen hat. Man weiß auch, daß, als vor 2 Jahren die Erderstatterungen von neuem be- gannen, und wir zuerst die Sache in die Öffentlichkeit brachten, wiederum der Herr Geheimrat Bergrat Schreiber seine Stimme erhob und nachwies, daß es nichts sei, daß Grund zu Besorgnissen nicht vorliege. Ein ganzer Chor unterstützte ihn, allen voran Herr Bürger- meister Reinhard, der sich nicht genug entziehen konnte über die Freivolität einer gewissen Presse, die nur Sensation machen wollte und den Hypothekarkredit der Hausbesitzer auf das empfindlichste schädigte. Er drohte uns sogar mit dem Groben Unzufriedenheitsparagrafen und wir müssen heute noch lebhaft bedauern, daß er seine Drohung nicht wahr gemacht hat. Herr Bürgermeister Reinhard hatte dabei zweierlei vergessen. Erstlich, daß nicht wir mit unsern Veröffentlichungen den Hypothekarkredit geschädigt haben, sondern die staatsrechtliche Hartnäckigkeit der Berginspektion gegenüber den geltend gemachten Entschädigungsansprüchen, und zwei- tens, daß die städtische Sparkasse es vor 20 Jahren zuerst gewesen ist, die infolge der damaligen Bergschäden die Hypothekentapitalien ge- kündigt hat. Sie hat das Signal zu weiteren Kündigungen gegeben, und seit jener Zeit leidet Stahlfurt nicht allein unter schwerer Be- schaffung von Hypothekentapitalien, sondern auch unter einem Hypo- theken-Zinsfuß, der den sonst üblichen um 1—1 1/2 Prozent übersteigt. Und wie sieht es jetzt aus? Wie sind die Zustände geworden in den wenigen Jahren, seitdem die Erderstatterungen wieder aufgetreten sind? Schlimmer als je. Mehr Häuser bereits abgebrochen, das Straßenniveau an den betreffenden Stellen total verändert, Verlegung eines Rohrstrangs der Wasserleitung, eine große Anzahl Häuser mit Rissen durchzogen, Klaffen der Balken zwischen den Wänden, fort- gesetztes, mehrmals täglich aufstretendes unterirdisches Erdbeben, hochgelegte Unruhe der Bewohner, weiteres Umsichgreifen der Hausbeschädigungen, jetzt schon nach einer andern Richtung hin, be- nahe bis an die Ubbesbrücke. Diese selbst vielleicht schon gefährdet, die Johanniskirche bedenklich geneigt — und kein Ende abzusehen. Demgegenüber die Berginspektion mit dem Daumen fest auf den Buntel gedrückt, die sich auf ihre verbrieften Rechte stützt. Da hätte der Bürgermeister Reinhard eingreifen müssen. Anstatt die Augen vor der drohenden Gefahr zu schließen, hätte er diese erkennen müssen. Er mußte im Magistrat und in der Stadterordneten-Versammlung im Interesse der Bürgerschaft die Initiative ergreifen und mit geharnischten Petitionen an Minister und Landtag gehen, um die Berginspektion zur Aufgabe ihres Standpunktes zu bewegen, der zwar dem Buchstaben des Rechts, der Billigkeit aber keineswegs entspricht. Nichts derartiges hat Herr Reinhard getan. Dafür ist ihm der Dank der Bürgerschaft sicher. Wenn im nächsten Jahre seine 24-jährige Amtsperiode ab- gelaufen ist, wird er vermutlich trotz alledem wiedergewählt werden. Jetzt haben die geschädigten Hausbesitzer — wenigstens ein Teil von ihnen — selbst eine Petition an den Landtag gerichtet. Auch das haben sie ganz unter sich gemacht, wie sie überhaupt noch niemals ihre Angelegenheit der Öffentlichkeit unterbreitet haben. Sie haben nicht einmal verucht, die städtischen Behörden für die Sache zu interessieren. Was wird ihnen diese Zurückhaltung nützen?

Thale, 7. Dezember. (Eine Versammlung sämtlicher Waisenräte, Vormünder und Pfleger) vom Thale wird den benachbarten Orten findet auf Veranlassung des Amtsgerichts zu Duedlinburg am Freitag den 8. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Hotel „Mitter Vodo“ statt. Die Versammlung soll hauptsächlich zu einer freien, zwanglosen Aussprache mit den Vormündern und Pflegern dienen. Auch andere Personen, die Interesse an der Waisenspflege haben, ist der Zutritt zu der Versammlung gestattet.

Wernigerode, 7. Dezember. (Versammlung.) Am Sonn- tag den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im „Volksgarten“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Holzappel-Magde- burg über die geplante Erhöhung der Tabaksteuer sprechen wird. Die gesamte Arbeiterschaft hat Ursache, gegen diese neue indirekte Belastung der Arbeiter zu protestieren. Arbeiter, erscheint daher in Massen zu dieser Versammlung.

## Gerichts-Zeitung.

### Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 7. Dezember 1905.

Die Sittlichkeitsverbrechen bei Gommern vor Gericht. Für die heute beginnende Verhandlung sind drei Tage in Aussicht genommen, da in ihr eine Reihe von Sittlichkeitsverbrechen ihre Sühne finden sollen. Die Öffentlichkeit wird während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen sein. Es handelt sich um die Uebertreter auf Frauen und Mädchen in der Umgegend von Gommern, die in den Jahren 1904 und 1905 den Schrecken der dortigen Frauen- welt bildeten. Der Unhold verschonte kein Alter und keinen Stand und tauchte bald bei Bahly, bald bei Blöthig, dann wieder bei Rauts oder Grünwalde, bei Calenberge und Dornburg auf. Nicht in allen Fällen konnte der Verbrecher sein schändliches Verhaben vollenden, in vielen Fällen blieb es beim Versuche. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den Arbeiter Otto Weiler aus Gommern. Die Er- mittlungen ergaben zwar nicht in allen Fällen genügendes Material zur Erhebung der Anklage, wohl aber in sechs. Der Angeklagte ist verheiratet, im Jahre 1873 am 10. Februar geboren und Vater von vier Kindern im Alter von 2—8 Jahren. Weiler, der seit Jahren in den dortigen Steinbrüchen arbeitet, ist bereits öfters und erheblich wegen Moheitsvergehen verurteilt. Ueber das Urteil wird nach Schluß der Verhandlung berichtet werden.

### Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 6. Dezember 1905.

Wenn der Alkohol wirkt. Das Schöffengericht zu Gommern verurteilte am 2. November d. J. die Arbeiter Friedrich Weder, geboren 1884, und Otto Weder, geboren 1886, aus Schönebeck, wegen gemeinschaftlicher und gefährlicher Körperverletzung in Abetracht der erheblichen Vorstrafen zu 6 bzw. 3 Monaten Gefängnis. Sie be- fanden sich am 11. Juni d. J. mit andern jungen Burken im „Jäger- hof“ zu Grünwalde, machten sich dort über unnütz und standallierten. Als der Wirt Kopien sie in gemüthlicher Weise aufforderte, nicht mehr zu trinken und ruhig nach Hause zu gehen, fielen sie über ihn her und mißhandelten ihn. Die Angeklagten sollen dabei gefährliche Werkzeuge gebraucht haben. Die von ihnen eingelegten Berufungen wurden im Laufe der Verhandlung zurückgenommen.

## Militär-Justiz.

### Kriegsgericht der Kommandantur.

Magdeburg, 6. Dezember 1905.

Wie Prozesse entstehen, die dem Staate viel Geld kosten, zeigte die Verhandlung gegen den Unteroffizier Herrn Franziska 7. Komp. 72. Inf.-Regts. zu Jorgau. Er war mit noch drei Mann während des Wanders in diesem Jahre bei der Witwe Lorenz zu Ahleburg einquartiert. Die Frau gab am andern Tage den Leuten



Gebiegene  
**Weihnachts-Geschenke**



Ein großer Posten

**Zimmer-Uhren**

mit Schlagwerk, in den modernsten und feinsten Gehäusen, nur allerbeste Werke, zu ganz hervorragend billigen Preisen.

**Goldene Damen-Remontoir-Uhren**

reizende Muster, beste Werke, von den billigsten bis zu den feinsten.

**Silberne Remontoir-Uhren**

mit Goldrand, für Damen und Herren, mit nur prima Werken, zu ganz verblüffend billigen Preisen. Große Partien

**Damen-Halsketten u. Herren-Uhrketten**

jeder Art, zu konkurrenzlos billigen Preisen.

**Echt goldene Ringe**

recht billig. 1690

In dieser Woche trotz der enorm billigen Preise

**5 Proz. Extra-Rabatt.**

**Gelegenheitskauf-Geschäft**

**Adolph Michaelis**

Natzwageplatz 1  
Eingang Apfelfstraße, erste Tür.

**Alte Neustadt.**

Empfehle meine

1393

**Filz- u. Leder-Schuhwaren**

zu billigen Preisen

sowie meine **Mass- und Reparatur-Werkstatt.**

**C. Mittelhaus, Hohepfortstraße 22**

vis-à-vis der Endelstraße.

Schulartikel empfiehlt die Buchhandlg. Volksstimme

**Musikinstrumente.**

Bei billigen Preisen nur gute Ware.

**Carl Meinel, Halberstadt**

Martiniplan 5.

Zugharmonikas von 75 Pf. an bis zu den besten Fabrikaten. Mundharmonikas u 10 Pf. an. Akkordzithern von 3.25 Ml. an. Amerik. Gitarzithern sowie Reform-, Regina- und echte Wenzelhauerzithern. Konzertzithern. Kinderzithern, selbstangefert. Schüler- und Konzertviolin. Trommeln mit Fellen bezogen von 60 Pf. an. Selbstspielende Musikwerke. Sprechapparate. Schallplatten von 75 Pf. an. Phonographenwalzen (vorzügliche Hartgummiwalzen). 1 Ml. Signaltrompeten, Gitarren, Mandolinen, Klarinas, Sauerflöten, Kinderflöten, Trompeten u. Posaunen, Saiten usw.

Reparaturwerkstatt für Streichinstrumente, Harmonikas, Trommeln, Musikwerke.

1631

**Im Zirkus**

Freitag und folgende Tage, abends 8 Uhr

**Die Elbpiraten**

Volkstheater in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Ermete Schwenning; für die Bühne bearbeitet vom Verfasser.

Sonntag nachmittag 4 Uhr

**Der Hund im Biederiker Busch.**

Jedermann ein Kind frei. 1782

**Schuhmacher-Artikel, sowie Schäfte**

an gängbaren Sorten, in vorzüglicher Ausführung, empfiehlt

**Gust. Hoffmeister**

Prälattenstraße 21. 136 Annastraße 44.

**Präsent-Zigarren!**

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest empfehle meine vorzüglichsten 5- und 6 Pf.-Zigarren, Zigaretten, erstklassige Marken, sowie auch Zigaretten der Produktiv-Genossenschaft Dresden. Um gütigen Beifall bitte

**Robert Henneberg**

685 Magdeb.-Sudenburg, Lemsdorferweg 4.

**Sohlleder-Ausschnitt**

Schuhmacher-Bedarfsartikel, Pantinenzölzer

1183 billigt bei

**F. Marschall, Lederhandlung**

Wilhelmstadt, Zimmermannstraße 25.

**Achtung!**

Kaufe

**Kanarienhähne**

jeden Posten, zu 3, 4, 5 und 6 Ml. Hähner, die noch solche auf Lager haben, bitte sich sofort zu melden, da ich in 3 bis 4 Tagen eine größere Reise antrete. 1610

**J. Tischler, Annastr. 25.**

**Fleisch-Offerte!**

Heute Freitag und morgen Sonnabend offeriere in bester frischerer Ware:

**ff. Kalbfleisch 1811**

Keulen, Rücken, Niere

nur à Pfd. 50-65 Pf.

Brust . . . à Pfd. 45-50 Pf.

**ff. Ochsenfleisch**

Schmorstücke à Pfd. 70 u. 75 Pf.

Suppenstücke à Pfd. 60-65 Pf.

**ff. Schweinefleisch**

Karbonade, Nacken, Schinken

nur à Pfd. 80 Pf.

Rippe, Bauch, Bstel

nur à Pfd. 60-75 Pf.

**Pa. Hammelfleisch**

Keule, Rücken, Brust

nur à Pfd. 65 Pf.

**Gr. reines Schweinefleisch**

à Pfd. 80 Pf., bei 5 Pfd. 75 Pf.

**R. Bosse**

Gr. Marktstraße 20.

**Großes**

**Hansbrot**

sein im Geschmack bei 10 Proz.

Rabatt liefert 1770

**Bäckerei Friedrich Brandt**

Kleine Storchstraße 5.

**Ist denn alles da?**

Sa!! 687

**Grosse frische Hasen**

große Zufuhr von

**Kaninchen**

ist wieder eingetroffen bei

**A. Popofsky Nachf.**

Freitag: Budaner Markt.

**Lüchtige**

**Maschinenschlosser**

auf Lokomobilen, Dampfdruck-

maschinen und landwirtschaftliche

Maschinen finden dauernde

Beschäftigung.

Offerten unter A. M. 381 an

Radolf Mosse, Magdeburg.

**Achtung!**

Ich komme jetzt für immer mit

ff. frische Vollmilch nach Burg

und gebe den Liter für 16 Pf. ab.

Bestellungen nehme ich jederzeit

gegen entlegen. Porto wird ver-

gütet. Achtungsvoll

**Aug. Schulze**

1806 Reesen.

**Schönebeck**

Saßhaus 1. Bürgerhaus

Freitag den 8. und Sonnabend

den 9. d. Mts.

**Humanitäres Gesangs-Konzert**

der Magdeburger Volksänger

unter Leitung des bekannten Komiters

**Meyer-Lingardt.**

Zweckmäßig ladet ein

Max Haack.

Billig, gut und vorteilhaft

kauft das geehrte Publikum in der

**Wilhelmstädter**

**Markthalle**

**Gr. Diesdorferstr. 23**

Täglich frische Zufuhren

Schellfische, Kabeljau

Seelachse, Hechte, Zander

Schollen, Rotzungen

Knurrhähne, Karpf., Plötze

Barsche u. grüne Heringe

**Oderbrucher Mastgänse**

frisches Gänsefleisch

Gänseflomen, Gänseklein

frische Gänsebrust

Gänselob u. junge Tauben

**Frische Bücklinge**

Sprotten, Fludern, Lachs-

heringe, Dorsch,

ger. Schellfische, Makrelen

Schleie, Bücklinge, Brat-

heringe, Hering in Gelee

Salzheringe, Sardellen etc.

**Feines Tafelobst u. Koch-**

obst, Nüsse, Teltower und

märkische Rüben, Sauer-

kohl, saure Gurken, Bie-

nenhonig (rein), sämtl.

Gemüsearten, Kartoffeln

Weine, Punsche, Spiri-

tuosen, Tee, Kaffee und

engl. Saucen.

Beim Verkauf berechne

nur Engrospreise und gebe

außerdem 5 Prozent Rabatt

in Sparmarken oder in bar.

Achtungsvoll 12

**Albert Meissner**

Gr. Diesdorferstr. 23.

**Restaurant z. Erholung**

Budan, Elbstraße 5.

Sonnabend 690

**Gr. Preis-Schießen**

Hasen, Enten usw.

wozu ergebenst eingeladen wird.

**Stadt-Theater.**

Freitag den 8. Dezember 1905

nachmittags 2 1/2 Uhr

Schülervorstellung.

Der Prinz von Homburg.

Abends 7 1/2 Uhr

**Martha.**

**Wilhelm-Theater.**

Freitag den 8. Dezember 1905.

Zweites und letztes Gastspiel

Frankein Roja Sterna.

**Die Fledermaus.**

**Walhalla.**

Das brillante Dezember-

Programm.

**Walter Bährmann**

Humorist

in seinem Orig.-Repertoire

und die übrigen

**Attraktionen.**

**Luisenpark.**

**Voranzeige.**

Zu dem am Sonntag den 10. Dezember 1905 stattfindenden Konzert hat der Konzertsänger Herr **Karl Klees** seine Mitwirkung zugesagt.

**Freie Turnerschaft Parey a. E.**

Sonnabend den 9. Dezember 1905

**Feier des 1. Stiftungsfestes**

bestehend in Theater und Ball

1734

im Lokale des Herrn Hildebrandt.

**Deutscher Metallarb.-Verband**

364 Verwaltung Magdeburg.

Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.

**Versammlungen finden statt:**

Sonnabend den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Cracau - Prester in der „Schweizerhalle“.

Bezirk Barleben im Gewerkschaftshause.

Bezirk Diesdorf im Lokale des Herrn Hildebrandt.

Bezirk Fernerleben im Lokale des Herrn Stiller.

Montag den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Moldenstr.

Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirsch“.

Bezirk Sudenburg in der „Berbster Bierhalle“.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Stellungnahme zur Generalversammlung am Sonntag den 17. d. M.

2. Aenderung der Bestimmungen unserer lokalen Statuten.

3. Neuwahl der Bezirksleitung und Vorschläge für die Wahl von

Kartelldelegierten.

4. Verschiedenes.

Die Versammlungen der Bezirke Wilhelmstadt und Alte

Neustadt müssen auf Antrag verlegt werden wegen der Konsum-

vereins-Versammlung am Sonnabend abend im „Luisenpark“.

Die Versammlung von Alte Neustadt findet deshalb am kom-

menden Montag, die von Wilhelmstadt am Sonnabend den 16. De-

zember statt.

In dieser Woche ist die 76. Sterbemarke 111g.

Die Verwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Magdeburg

Geöffnet 8-1 und 4-7 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 2370.

**Versammlungen**

tagen am

Sonnabend den 9. Dezember, abends 8 Uhr

in Budau im „Thalia“-Saal, Dorotheenstraße

in Sudenburg in der „Berbster Bierhalle“, Schönungerstraße

in Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spielgartenstraße

in Neue Neustadt im „Weißen Hirsch“, Friedrichsplatz

in Alte Neustadt im Restaurant Rademacher, Ottenbergstraße

in Magdeburg im „Dreikaiserbund“, Große Storchstraße.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen wir uns zur Einführung einer

Krankenzusicherungskasse und einer Sterbefallunter-

stützung?

2. Verschiedenes.

Werte Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und

der an diesem Abend stattfindenden Konsumvereins-Versammlung bitten

wir um pünktliches Erscheinen. Das Konsumvereins-

buch ist einzufinden. 1807

**Achtung!**

**Brauerei- und Mälzerei-Arbeiter.**

Sonntag den 10. Dezember 1905, vorm. 10 1/2 Uhr

**Öffentliche Versammlung**

im „Dreikaiserbund“, Große Storchstraße 7.

Vortrag des Gauleiters Genossen Stöcklein - Leipzig über

**Brauer oder Brauereiarbeiter?** 1810

Freie Diskussion. Der Einberufer.

**Konsumverein „Biene“ für Schönebeck a. E. u. U.**

Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Zu der am Sonntag den 10. Dezember, Beginn nach-

mittags pünktlich 3 Uhr, im Saale der



## England und Deutschland.

Der deutsche Botschafter in London, Graf Wolff-Metternich, der wegen seiner angeblich „zu schlappen“ Haltung von unsern allerbesten Patrioten oft angefeindet wird, hat in der englischen Hauptstadt eine Rede gehalten, an der nur eins zu bedauern ist, nämlich, daß sie als eine Bankettrede in einem vornehmen Londoner Damenklub und nicht als Thronrede im königlichen Schloß zu Berlin gehalten worden ist.

Graf Metternich führte aus, die Deutschen seien eine friedliche Nation, die mit allen Nachbarn in Frieden und Eintracht zu leben wünsche. Unglücklicherweise aber habe sich in den letzten Jahren ein Schatten zwischen die Völker geschoben; die Ursachen dieses unglückseligen Ereignisses seien für den, der lese, was täglich gedruckt werde, nicht schwer zu finden. Die heutige Zusammenkunft sei ein Beweis dafür, daß Kräfte an der Arbeit seien, den Schatten der Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern, die den wirklichen Gedanken eines ernsten Streites als verbrecherischen Wahnsinn verabscheuen, zu vertreiben. Es gebe keinen wirklichen Grund für einen Antagonismus, und es sei nur nötig, Nachsicht zu üben.

In einem Punkte unterscheidet sich die Auffassung des Grafen Metternich allerdings von der unsern, da wir nicht von vornehmen Klubs, sondern von der Masse der beiden arbeitenden Völker die Annäherung eines wirklichen Friedens- und Vertrauensverhältnisses zwischen den beiden Staaten erwarten. Im übrigen hat der deutsche Botschafter in London nur wiederholt, was in sozialdemokratischen Zeitungen und in sozialdemokratischen Versammlungen tausendmal gesagt worden ist.

Graf Metternich hat vollkommen recht: „... einmütiger Mensch kann gar nicht begreifen, was das ewige Kriegsgerede und Kriegsgefahr überhaupt soll. Zwischen England und Deutschland besteht kein Antagonismus, da doch die beiden Länder eins des andern bester Kunde sind, und wirtschaftliche Konkurrenzkämpfe zwischen England und Deutschland ebensowenig mit Kanonen entschieden werden müssen, wie jene zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd oder jene zwischen der rheinischen und der sächsischen Industrie. Graf Metternich hat vollkommen recht: der Gedanke eines englisch-deutschen Krieges, schon der bloße Gedanke, ist verbrecherischer Wahnsinn.“

Graf Metternich ist aber den Damen des Londoner Lyceumklubs eine sehr notwendige Aufklärung schuldig geblieben: nämlich, wie es kommt, daß dieser wahnsinnig-verbrecherische Gedanke in offiziellen Kundgebungen der deutschen Regierung ernstlich ventiliert wird; wie es möglich ist, daß das Deutsche Reich sich durch heftige Flottenrüstungen zur Ausführung eines so wahnsinnigen Verbrechens vorbereiten kann; wie es zu begreifen ist, daß

dieser verbrecherische Wahnsinn in Deutschland als offizieller, allein echter Patriotismus gefördert und verbreitet wird, während man die Bekämpfer dieses wahnsinnigen Verbrechens, die Sozialdemokraten, als vaterlandslose Gesellen heßt und verketzert?

Der deutsche Botschafter in London bittet, man möge doch Nachsicht üben. Leider hat er es unterlassen, jene deutschen Worte und Taten, für die er die Nachsicht der Engländer erbittet, näher zu bezeichnen. Seine Bitte um Nachsicht mußte natürlich so verstanden werden, daß die Nationen nicht mit sich selbst, sondern gegeneinander Nachsicht üben sollen. Wir deutschen Sozialdemokraten sind zu solcher Nachsicht gern bereit und wir gestehen darum ohne weiteres, daß die englische Hetzpresse für ihr verwüstendes Treiben manchen milderen Umstand geltend machen kann. Nicht alles, was sie schreibt, ist erlogen: wenn sie beispielsweise behauptet, daß das System des persönlichen Regiments eine schwere Bedrohung des Weltfriedens bedeute, so hat sie recht! Wenn die eifrigen Mäxungen des Deutschen Reiches und gewisse schädliche Reden, die in Deutschland bald hier, bald dort gehalten werden, mit Mißtrauen aufnimmt, so kann man das durchaus begreifen.

Den englischen Chauvinismus, dessen politische Bedeutung man übrigens hier in Deutschland in verrückter Absicht stark übertreibt, kann Deutschland nicht durch drohende Reden bekämpfen, sondern nur dadurch, daß es sich auf allen Gebieten als Freundin des Friedens und des zivilisatorischen Fortschritts erweist. Das ist die Friedenspolitik der Sozialdemokratie, die Graf Metternich — gewiß sehr gegen seine Absicht — ebenso unterstützt hat, wie er die Politik der Thronrede — gewiß gleichfalls wider Willen — unbarmherzig kritisierte!

Die neueste Nummer des „Courrier Europeen“ veröffentlicht abermals eine Reihe von Urteilen über Deutschland, die von bekannten Persönlichkeiten der verschiedensten Länder abgegeben worden sind. Wir verzeichnen daraus eine interessante Äußerung des Herrn Courtnay, des Herausgebers der verbreiteten und angeesehenen Londoner Zeitschrift „Fortnightly Review“. Herr Courtnay schreibt:

Die Rolle, die Deutschland in der Gegenwart spielt, scheint mir sehr gefährlich und drohend. Aber nicht dem deutschen Volk, sondern der deutschen Regierung gilt der Tadel. Sonst werden in der modernen Welt die Kriege nicht mehr von den Staatsmännern, sondern von den Völkern gemacht. In einem bürokratisch regierten Staat aber wie Deutschland, wo die administrative und exekutive Gewalt vom Volkswillen unabhängig ist und wo in Wahrheit ein konstitutionelles Regierungssystem überhaupt nicht besteht, ist es durchaus möglich, daß das Volk in einen Krieg gestoßen wird, nicht weil es selber ihn will, sondern weil ihn der entscheidende Wille einiger Offiziere und Minister verlangt, die das Ohr des Kaisers besitzen.

Herr Courtnay beschränkt sich auf die Feststellung von Tatsachen, er überläßt es den Lesern, aus diesen Tatsachen die naheliegenden Schlussfolgerungen zu ziehen und die Möglichkeit zu bedenken, daß diese Offiziere und Minister eines Tages wohl die Soldaten, die der Gehorsam zwingt, nicht aber die Volksmassen hinter sich finden würden, jene Massen, ohne deren alles mit sich fortsetzende Begeisterung ein großes kriegerisches Unternehmen fast mathematisch gewiß mit dem Zusammenbruch enden muß. —

## Die Blankenejer Notzuchtaffäre.

(Nachdruck verboten.)

Hg. Lüneburg, 5. Dezember 1905.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Lüneburg gelangte heute die vielbesprochene, in der Presse und in Versammlungen der Hamburger Bürgerschaft scharf kritisierte scheußliche Blankenejer Notzuchtaffäre mit samt dem Aufsehen erregenden Freispruch des Altonaer Schwurgerichts zur nochmaligen Erörterung. Durch die Ladung einer größeren Anzahl Zeugen — zum Teil neuer — gewann die Angelegenheit diesmal eine schärfere Beleuchtung. Bekanntlich hatten vier junge Leute, drei Kaufleute und ein Monteur, ein erst fünfzehnjähriges Dienstmädchen in einem Boot auf der Elbe gewaltsam mißbraucht. Die vier wegen Körperverletzung angeklagten jungen Leute hatte aber das Altonaer Schwurgericht freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatte das Hamburger „Volksblatt“ mehrere scharfe kritische Artikel veröffentlicht. Dazu waren auch die Namen der Geschworenen veröffentlicht. Eine Anzahl Geschworene fühlte sich durch diese Veröffentlichung verletzt und stellte Strafantrag wegen Verleumdung. Ihnen schloß sich der Vorsitzende des Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor Mensching (Altona), an, der einen Satz aus einem zweiten Artikel, der ein Mejerat über eine Versammlung mit Hl. Dr. Anita Augsburg und Frau Helma Steinbach als Rednerinnen enthielt, auf sich bezogen hatte. Redakteur Riedlinger war von der Staber Strafkammer zu

### 6 Monaten Gefängnis verurteilt

worden. Das Reichsgericht hatte dieses Urteil, wie bereits mitgeteilt, aufgehoben und die Sache vor das Landgericht Lüneburg verwiesen. Die Staber Strafkammer hatte nur Landgerichtsdirektor Mensching als Zeugen vernommen.

Zu der heutigen Verhandlung vor der Lüneburger Strafkammer, die von Landgerichtsdirektor von Wiarder geleitet wird, sind als Zeugen sowohl die vier damals angeklagten jungen Leute, und zwar die Kaufleute Meher, Schmidt, Peters sowie Monteur Süder, und das vergewaltigte Dienstmädchen Toni Ulrich zur Stelle. Im ganzen sind zwölf Zeugen geladen.

Der Vorsitzende gibt zunächst ein kurzes Referat über die betamten Vorgänge auf der Elbe bei Blankeneje und bringt dann auch die Schuldfragen des Schwurgerichts zur Verlesung. Das hatte er für nötig gegenüber der Behauptung des Fräulein Dr. Augsburg, daß die Schuldfragen künstlich ausgeklügelt seien.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Suse-Hamburg: Der Angeklagte braucht sich doch den unsinnigen Ausspruch des Hl. Augsburg nicht zu eigen zu machen. Er referierte nur über die Versammlung.

Vors.: Die Artikel sind aus dem „Hamburger Echo“ entnommen? Angekl. Riedlinger: Jawohl. Vors.: Es fällt auf, daß Sie den Artikeln wesentliche Aenderungen gegeben haben. Angekl.: Ich habe das Wort „Massejustiz“ gestrichen, um den

## Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

### Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(56. Fortsetzung.)

Einige Minuten später betrat der Professor wieder sein Zimmer. Er hielt das blutüberströmte Taschenbuch Rudolf's in der Hand und überreichte es Adriane mit den Worten: „Hier, mein gnädiges Fräulein; dies befand sich in der inneren linken Brusttasche. Es hat Herr von Eckardt das Leben gerettet.“

Das angetrocknete Blut und die ausgefransten Ränder des Buches, durch das die Kugel hindurchgeschlagen, bewirkten, daß das Taschenbuch sich nur mit Mühe öffnen ließ. Adriane zerrte mit zuckenden Fingern heftig die Blätter auseinander. Wisitenkarten lagen dazwischen, Rechnungen, ein Porträt von ihr, das sie ihm jüngst geschenkt — die Kugel hatte das Gesicht fast vollständig weggerissen — und da noch ein alter Brief, zertrütert, mit gebrochenen Kniffen, blutbefleckt und natürlich gleichfalls von der Kugel durchbohrt. Vorsichtig faltete sie das Papier auseinander, las die Ueberschrift — und schreuderte es, laut aufschöhnend, von sich.

„Das hat er mit uns Grab nehmen wollen!“

Es war jener glühende Liebesbrief der Pensionärin Nita von Verjen an ihre Busenfreundin Adriane Grigorew, den Rudolf ihr einst entwendet, ohne daß sie es bis heute bemerkt hatte.

Sie kämpfte nun einen schweren Kampf, die Unglückselige. Trudi sah es mit Angst und innigstem Mitleid. Es bedurfte geraumer Weile, bis sie sich wieder gefaßt hatte. Sie erhob sich langsam, trocknete ihre Tränen und sagte: „Bitte, lassen Sie mich Nita einen Augenblick sehen, wenn es möglich ist —“ und da sie einen besorgten Blick des Professors nach seiner Braut auffing, fügte sie noch matt lächelnd hinzu: „Fürchten Sie nichts — ich bin ruhig.“

Trudi ging mit geräuschlosen Schritten in das Krankenzimmer, flüsterte Nita einige Worte zu und nahm deren Platz ein.

Von glühender Röte übergoßen, hoch schlagernden Herzens trat Nita der einstigen Busenfreundin gegenüber.

Adriane reichte ihr das blutgetränkte, durchlöcherzte Blatt

Papier, ließ die vor Erstaunen schier Erstarrende einige Zeilen lesen und erklärte ihr dann in wenigen, halb geklüfterten Worten den Zusammenhang.

„Das hat er auf dem Herzen mit sich herangebracht, das hat ihn ... Dir beschützt ... er ist Dein ... ich darf ihn nicht halten!“

Adriane wandte sich zum Gehen, sie ging wirklich — sie drückte die Tür hinter sich ins Schloß.

Da erjt vernahm sie sich Nita aus ihrer Erstarrung aufzuraffen. Sie eilte ihr nach — und in dem dunklen Korridor, da fiel sie ihr um den Hals und presste sie an sich mit der alten Inbrunst schwärmerischer Mädchenfreundschaft. Wangen an Wangen geschmiegt, weinten die beiden Frauen sich aus.

Am 10. August fand die Doppelhochzeit der Töchter der Exzellenz statt. Der Musikdirektor hatte sichtlich viel Notenpapier in letzter Zeit verbraucht zu Hochzeitsmärschen, Aufmärschen, Brautliedern, zu denen Hans Lohengrin den Text gedichtet, und dergleichen mehr. Am Vortage er schien der Sekondeleutnant a. D. Bodo von Verjen in seinem nageklauten stolzen als Afrikareisender und braute einen Freispruch in der Sahelischsprache aus. Da er war sehr fleißig gewesen und hatte außer Sprach- und geographischen Studien mit Hilfe seines Schwagers eifrig allerlei notwendige naturwissenschaftliche Kenntnisse erworben. Der alte Nitz hatte ihn wirklich im Dienst der Afrikanischen Gesellschaft unterzubringen vermocht.

Derselbe alte Nitz hatte aber auch seiner Zeit ein vernünftiges Wörtchen mit Fräulein Grigori, und ein zweites vernünftiges Wörtchen mit dem niedergelegenen Prinzen Föhrlingen geredet. Die Folge davon war, daß Frau Nita von Eckardt noch im Laufe desselben Jahres einen sehr zärtlichen Brief aus Schloß Föhrlingen von Ihrer Durchlaucht der Prinzessin erhielt, in welchem Adriane mit drohlichen Worten, in einem Gemisch von vier bis fünf Sprachen, ihr häusliches Glück schilderte: „My darling own Prince ist un-mustakalisch comme un tambour-major! Aber er hat so schöne Pferde und ein so gutes Herz — überhaupt: ein überraschend anständiger Mensch!“

Die gute alte Fürstin Verburg-Dronst-Föhrlingen bekam es von der Berliner aristokratischen Gesellschaft in allen Tonarten gejungen und gepöfien, daß ihre eignen „lagen Prinzipien“ an dieser skandalösen Resak'ance schuld seien. Aber die heitere Gräfin wußte sich bald zu trösten. Nebenbei

waren die Grigorew ja eine sehr alte Familie — sie gehörten zu den allerältesten Malachen, und die Mutter eine Gräfin Scentslenyi — a la bonheur! Der Major von Muzell war ihr erklärter Günstling geworden in letzter Zeit und seine Lieblingssprache, daß unre Courteise „ins alte Gießen gehören“ imponierte ihr ungemein.

Eckardt's armen bald nach der Hochzeit nach Buffalo zurück. Ein Teilshaber der Firma Jefferson and Jenkins war inzwischen gestorben, und Rudolf trat auf Wunsch des Mr. Jefferson an seine Stelle und steckte seine dreißigttausend Mark ins Geschäft. Nita gewöhnte sich ziemlich rasch an Amerika und suchte ihren Stolz darin, dort als deutsche Frau, nicht als amerikanische Lady zu glänzen.

Professor Dieckhoffs sind natürlich sehr glückliche Eheleute geworden. Nur der zärtliche Schwiegerpapa stört bisweilen mit seiner Neugier. Aber das mag sich im Laufe der Jahre geben, wenn seine Aufmerksamkeit erst abgelenkt wird.

Die Aufregungen der in diesen Blättern geschilderten Wochen sind für die Exzellenz von Verjen zu stark gewesen. Sie fängt an alt zu werden, und sie hat es selbst gemerkt — und unter die späten Hoffnungen ihres Herzens einen Strich gemacht.

Der alte Nitz wohnte neben ihr in der Bietenstraße, drei Treppen. Sie haben jedes seine besondere Plurkin, seine besondere Küche und seine besondere Bedienung; aber sie fühlen sich einander nahe zu jeder Zeit, und das tut ihnen wohl. Nach all dem Unheil, das ihre Schwäche jüngst angerichtet, bedarf die Baronin des starken Inhalts mehr als je. Sie fragt den alten Freund in jeder Sache um Rat und sie fühlt sich glücklich in der Abhängigkeit von seinem festeren Willen.

Sonntags ladet sie ihn zu Tisch ein, und wenn er ausgegangen ist, schaut sie einmal in seiner Wohnung zum Rechten.

Lautenschläger, der treue Burjake, beklagt es sehr, daß sein alter Major das Näyonieren ganz aufgegeben habe und auch dem „Brügelstuhl“ nie mehr etwas zuleide tue.

„Ja, ja, wo die Weiber einmal die Nase reinstecken tun, da is es mit die Zernütlichkeit vorbei!“ seufzt er, indem er mit dem Staubtuch über das Porträt der seligen Cassilde wischt. „Fingerdick — würde die Exzellenzen das nu wieder nennen! Ja, ja, Cassildecken — Du plinkerst auch so mit die Augen, als ob Dir 'was 'reinjeflogen wär'!“

Artikel zu mildern. Vorj.: Der Hamburger Artikel sucht, wie man sich in der sozialdemokratischen Presse ausdrückt, nachzuweisen, daß die Geschworenen „Vorrechts“ seien und daß daraus das Urteil zu verfehlen sei.

Vert. Dr. Suse: Vielleicht wäre es nötig, festzustellen, ob Zrl. Dr. Angsburg die wiedergegebenen Worte gebraucht hat. Vorj.: Meines Wissens ist das nie bestritten worden.

Die Vernehmung des verurteilten Mädchens.

Es wird dann zur Zeugenvernehmung geschritten. Als erste Zeugin wird das seinerzeit mißbrauchte junge Mädchen Toni Ulrich aufgerufen. Sie ist ein kleines, etwas blaß und noch sehr kindlich aussehendes, sehr hübsches Mädchen.

Vorgänge in dem Boot

bei der Schweineinsel beantragte der Staatsanwalt Ausforschung der Öffentlichkeit. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, weil die öffentliche Verhandlung im Interesse der Beteiligten erforderlich sei und weil gegenüber diesem Interesse andere Interessen, die möglicherweise verletzt werden könnten, in den Hintergrund treten müßten.

Vorj.: Toni Ulrich, es wundere mich nur, daß Sie sich gar nicht gewehrt haben. Sie haben doch Nägel an den Fingern. Wenn Ihnen vor Schreck die Kehle wie zugeschnürt war, dann konnten Sie doch wenigstens den Nagel mit den Nägeln ins Gesicht und die Augen fahren. Weshalb haben Sie sich gar nicht gewehrt?

Hierauf werden die vier jungen Leute vernommen. Der Vorsitzende gestattet der Ulrich, die beim Unfälle derselben brennend rot im Gesicht geworden ist, sich aus dem Saal zu entfernen.

Kaufmann Alexander Meyer, Inhaber eines eignen Geschäftes in Hamburg, ist der älteste der vier. Er hatte vorher einen intimen Verkehr mit dem Mädchen nicht gehabt, ebensowenig wie der Kommiss Hermann Peters aus Hamburg und der Elektrorechner Martin Höder, jetzt in Berlin.

Es sollen dann sieben Leumundszeugen vernommen werden. Vert. H.-A. Dr. Suse: Ich muß dagegen protestieren, daß hier einige Leumundszeugen gegen das Mädchen, um dieses in ein schlechtes Licht zu rücken, vorgeführt werden.

2 Monate Gefängnis.

Verteidiger H.-A. Dr. Suse: Dieses Urteil hat in Hamburg, Altona und besonders in Blankenese die größte Empörung hervorgerufen. Das muß man wissen, um den Ton des Urteils zu verstehen. Durch das Urteil sind die Angeklagten nicht nur freigesprochen worden, sondern das Mädchen ging als die allein Bescholtene, Verurteilte aus dem Gerichtssaal.

Der Gerichtshof verurteilte nach längerer Beratung den Redakteur Hiedinger wegen Verleumdung der Geschworenen und des Direktors Hiedinger in zwei Fällen zu einer Gesamtsstrafe von zwei Monaten Gefängnis.

Der Gerichtshof verurteilte nach längerer Beratung den Redakteur Hiedinger wegen Verleumdung der Geschworenen und des Direktors Hiedinger in zwei Fällen zu einer Gesamtsstrafe von zwei Monaten Gefängnis.

Der Gerichtshof verurteilte nach längerer Beratung den Redakteur Hiedinger wegen Verleumdung der Geschworenen und des Direktors Hiedinger in zwei Fällen zu einer Gesamtsstrafe von zwei Monaten Gefängnis.

Der Gerichtshof verurteilte nach längerer Beratung den Redakteur Hiedinger wegen Verleumdung der Geschworenen und des Direktors Hiedinger in zwei Fällen zu einer Gesamtsstrafe von zwei Monaten Gefängnis.

Eine Messeraffäre und ihre Folgen.

Eine schwere Schlägerei, der ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, beschäftigte das Berliner Schwurgericht. Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang hatte sich der Arbeiter Paul Kurgen aus Charlottenburg zu verantworten.

Ein Edelkter und Bekker der Nation.

Als Abkündung eines alten „Abelsgeschlechts“ fand der ehemalige Leutnant Robert Freiherr v. Pagenhardt, der seit einiger Zeit wiederholt die Gerichte beschäftigt hatte, wiederum vor dem Berliner Strafrichter.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17.00—21.00. Speisebohnen (weiße) 28.00—41.00. Winsen 32.00—65.00. Kartoffeln 5.00—6.00.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbusch, Lamm, Bubrow), date, and water level changes (+ or -).

Milde.

Table with columns for location (e.g., Dessau, Wuldebrücke, Nordabitz), date, and temperature/mildness indicators.

Sudenburg. Puppen-Klinik. Reparaturen jeder Art billigst! Sämtliche Ersatzteile vorrätig. Weihnachts-Ausstellung. Puppen in jeder Größe von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung in allen Preislagen.

Gelegenheitskauf. Solange der Vorrat reicht 1780. Weckeruhren. 1.85 2.60 3.25. 2 Jahre Garantie. Ueberhandlung H. Nikolaisstr. 4. Standesamt.

Magdeburg, 6. Dezember. Aufgebote: Arbeiter Wilhelm Franz Adolf Biedermann mit Marie Friederike Otto in Bullenstedt. Bahnarbeiter Ernst Karl Lange mit Emma Anna Richter in Albstadt.

Aufgebote: Former Otto Feuerberg mit Anna Schwaneberg. Geschiedeliehung: Kupferschmiedemeister Robert Krippschke mit Klara Kempe.

Magdeburg, 6. Dezember. Aufgebote: Obergärtner Hermann Franz Otto Wolf in Seeßen mit Meta Kerkau hier.

Sudenburg, 6. Dezember. Aufgebote: Obergärtner Hermann Franz Otto Wolf in Seeßen mit Meta Kerkau hier.

Sudenburg, 6. Dezember. Aufgebote: Obergärtner Hermann Franz Otto Wolf in Seeßen mit Meta Kerkau hier.

Sudenburg, 6. Dezember. Aufgebote: Obergärtner Hermann Franz Otto Wolf in Seeßen mit Meta Kerkau hier.

Sudenburg, 6. Dezember. Aufgebote: Obergärtner Hermann Franz Otto Wolf in Seeßen mit Meta Kerkau hier.

Sudenburg, 6. Dezember. Aufgebote: Obergärtner Hermann Franz Otto Wolf in Seeßen mit Meta Kerkau hier.

Sudenburg, 6. Dezember. Aufgebote: Obergärtner Hermann Franz Otto Wolf in Seeßen mit Meta Kerkau hier.